

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM., frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechspaltige 3mm hohe Zeile über deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Abdruck, Datendruck und Beilagenlieferung ausgeschlossen. Annahmehonorar für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg.

Nr. 125

Dienstag, den 17. Oktober 1933

26. Jahrgang.

Verlegenheitsbeschuß in Genf

Hauptauschuß auf den 26. Oktober vertagt — Neurath über Deutschlands gutes Recht

Deutschland gerechtfertigt

Neurath beweist Abbrüstungsablage der Hochgerüsteten. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath unterbreitete die ausländische Presse über die Gründe und Ziele der Entscheidungen der Reichsregierung. Er knüpfte dabei an die bedeutenden Sätze der letzten Rundfunkrede des Reichsaussenministers an, in denen es u. a. hieß:

„Kein Krieg kann Dauerzustand der Menschheit werden, kein Frieden kann die Verewigung des Krieges sein. Die Verewigung des Krieges, die darin liegt, daß jedem Volk der Welt ein selbstverständliches Recht zuwiderkommt, das nur dem deutschen Volke allein vorenthalten wird, empfinden wir als die Verewigung einer Diskriminierung, die für uns unerträglich ist.“ Damit ist, so führte der Reichsaussenminister aus, die Kernfrage klar gekennzeichnet: Will man die Teilung der Völker in Sieger und Besiegte, will man oder endlich den Grundlag anerkennen, daß alle Staaten gleichberechtigte Mitglieder der Völkergemeinschaft sind? Dies ist entscheidend für jede internationale Zusammenarbeit.

Am letzten Sonnabend ist in Genf klar zutage getreten, daß man dem deutschen Volk in einer seiner höchsten Existenzfragen, in der Frage seiner nationalen Sicherheit, die Gleichberechtigung verweigert. Damit haben die Mächte das Fundament zerstört, auf dem allein sich ein ehrliches und fruchtbares Zusammenwirken der Völker denken läßt. Mit dem offensichtlichen Willen zur grundsätzlichen Diskriminierung Deutschlands haben sie den Grundgedanken des Völkerbundes verletzt, haben sie selbst befunden, daß sie auf eine aufrichtige und reale Zusammenarbeit mit Deutschland keinen Wert legen. Das deutsche Volk würde sich selbst diskriminieren und würde nicht ehrlich handeln, wenn es trotz dieser Schläge innerlich noch den Schein einer solchen Zusammenarbeit weiterhalten wollte.

Gleichberechtigung Voraussetzung für Völkerbunds-zugänglichkeit.

Deutschland hat die Forderung der Gleichberechtigung seit dem Tage erhoben, an dem sein Eintritt in den Völkerbund zum ersten Male zur Diskussion gestellt wurde. Sie stand schon im Mittelpunkt der diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den damaligen Mächten, die Ende 1924 dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorausgingen. In der ersten amtlichen Kundgebung des Völkerbundesrates an die deutsche Regierung vom Dezember 1924 stehen die folgenden Worte, die ohne jeden Kommentar für sich selbst sprechen:

„Der Rat nimmt Kenntnis davon, daß die deutsche Regierung in Ansehung der Voraussetzungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund einzutreten wünscht, auf jede Forderung verzichtet, für Deutschland besondere Vergünstigungen zu verlangen, daß sie aber erwartet, daß dieser Eintrag sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung vollzieht. Der Rat stellt fest, daß die zehn befragten Regierungen u. a. h. die Ratssache, über die Voraussetzung völlig einig sind.“

Diese Feststellung allein konnte die Grundlage für die Aufnahme Deutschlands in der Abrüstungsfrage sein. Auch in dem Schlussprotokoll der Konferenz von Locarno, die den Weg für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund endgültig freimachen sollte, wurde die Lösung des Abrüstungsproblems als wichtigste Aufgabe des Völkerbundes gekennzeichnet.

Der Minister erklärte u. a.:

Die einstimmige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, konnte angesichts der vorausgesetzten amtlichen Darstellung des Rates über die deutsche Gleichberechtigung politisch nicht anders gewertet werden als die feierliche Zusage aller im Völkerbund vertretenen Regierungen zu der Auffassung, daß sie von jetzt an in der Abrüstungsfrage auf der Grundlage der deutschen Gleichberechtigung aufbauen würden.

Der Minister wies dann auf die in den folgenden Jahren von deutschen Vertretern in Genf gehaltenen Reden hin, in denen Deutschland stets auf die Einlösung jener Zusage gedrungen hat, und auf die deutschen Warnungen, daß das Schicksal des Völkerbundes besiegelt sei, wenn er an der Aufgabe der Durchführung der allgemeinen Abrüstung und damit der Herstellung der Gleichberechtigung Deutschlands scheitern würde. Niemand konnte an dem Ernst Deutschlands mehr zweifeln, als es sich im Sommer vorigen Jahres wegen der damals schon offenbar werdenden Verweigerung der Gleichberechtigung von der Abrüstungskonferenz zurückzog.

Die entscheidenden Pariser Abmachungen.

Der Reichsaussenminister schilderte dann die Bemühungen um das Zustandekommen der fünf Mächte-Erklärung mit der ausdrücklichen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung. Er ging dann auf den MacDonald-Plan, der wenigstens einen brauchbaren Rahmen für die Durchführung der allgemeinen Abrüstung und damit für die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung darstellte. Als man so aber endlich an den entscheidenden Punkt der Verhandlungen kam und die hochgerüsteten

stolten, so fuhr Freiherr von Neurath fort, setzte bezeichnenderweise diejenige Wendung ein, die in der Erklärung des Herrn englischen Außenministers vom Sonnabend ausmündete.

Die Grundlage für diese Wendung ist in den Pariser Verhandlungen zwischen der französischen, englischen und amerikanischen Regierung geschaffen worden. Als wir nach diesen Verhandlungen wieder an den diplomatischen Besprechungen beteiligt wurden, mußten wir mit Enttäuschung und Befremden feststellen, daß die bisherige Grundlage der Konferenzverhandlungen gar nicht mehr bestand. Es stellte sich heraus, daß der englische Plan von seinen Urheber selbst nicht mehr anerkannt wurde, und daß man ihn grundlegend ändern wollte. Gegenüber diesem Entschluß, die mit so viel Mühe aufgebaute Grundlage für ein befriedigendes Abrüstungsabkommen einseitig zum Nachteil Deutschlands wieder zu beseitigen und sich damit über die Dezember-Vereinbarung hinwegzusetzen, gab es für uns nur noch eine Antwort, den Austritt aus der Konferenz.

Die Staatsmänner und Diplomaten aber, die an den Verhandlungen beteiligt waren, sind durch unseren Schritt in keiner Weise überredet worden. Wir haben während der letzten Genfer Besprechungen mit aller Deutlichkeit auf die Konsequenzen hin gewiesen, die wir ziehen mußten, wenn man uns in der jetzt geplanten Weise die Gleichberechtigung verweigern würde. Mit Befriedigung stelle ich fest, daß es während dieser letzten Verhandlungen von Seiten der Vertreter der Vereinigten Staaten und Italiens nicht an ernstlichen Bemühungen gefehlt hat, zu vermitteln. Alle diese Bemühungen scheiterten aber an dem Bestreben anderer Mächte, eine Einheitsfront gegen Deutschland zustandezubringen.

Gleichwohl wie unser Anspruch auf Gleichberechtigung schon früher zum Vordruck genommen wurde, um uns als Störenfried der Abrüstungsverhandlungen zu diskreditieren, wird dies auch jetzt wieder versucht. Demgegenüber muß ich mit aller Entschiedenheit auf den Zweck der Abrüstungskonferenz und den Sinn der Abrüstung überhaupt hinweisen. Das Ziel ist erstens eine möglichst weitgehende Herabsetzung des Rüstungsstandes der Welt und eine klare vertragliche Festlegung dieses Niveaus; das Ziel ist zweitens der Rüstungsgleichgewicht zwischen den bereits abgerüsteten und den hochgerüsteten Staaten.

Zu größten Opfern bereit.

Freiherr von Neurath nahm Bezug auf die Instruktion an die deutsche Delegation in London, die den deutschen Standpunkt noch einmal endgültig feststellt und erklärte u. a.:

Wir hielten an dem englischen Plan und an einer Konventionsdauer von 5 Jahren fest, lehnten den Gedanken einer Bewährungsfrist ab und befanden darauf, daß die Verwirklichung unserer Gleichberechtigung nicht erst nach Jahren sondern alsbald beginnen müsse. Wir seien bereit, die Umwandlung der Reichswehr in ein kurzdienendes Heer sofort in Angriff zu nehmen.

Welche Bewaffnung dieses Heer haben müsse, würde jedoch erst klargestellt werden können, wenn bekannt sei, welche konkreten Abrüstungsmaßnahmen hinsichtlich des Kriegsmaterials von den hochgerüsteten Staaten übernommen werden würden.

Wir lehnten unterdessen kein Waffenverbot als zu einschneidend ab, wenn es auf alle Staaten in gleicher Weise Anwendung fände. Wir seien sogar bereit, auf die Zuteilung aller Waffen Verzicht zu leisten, zu deren Vernichtung innerhalb einer bestimmten Frist die hochgerüsteten Staaten sich verpflichteten und deren weitere Verwendung international verboten werde. Wir legten hiernach Wert darauf, baldigst zu erfahren, welche Waffenarten nach der Auffassung der maßgebenden Länder verboten und vernichtet werden sollten. Aus dem Prinzip der Gleichberechtigung folge, daß die Waffen, die allen Ländern erlaubt blieben, aber für sie zahlenmäßig limitiert würden, auch für Deutschland schon von Beginn der Konvention an zugelassen werden mußten, wobei wir indes durchaus bereit seien, über die Mengen dieser Waffen mit uns reden zu lassen. Hinsichtlich derjenigen Waffen, die in der Konvention weder verboten noch zahlenmäßig beschränkt würden, dürfe es natürlich auch für Deutschland keine zahlenmäßige Beschränkung geben.

Wir seien unterdessen aber damit einverstanden, daß auch solche Waffenarten zahlenmäßig limitiert würden, für die dies der englische Plan noch nicht vorzies, sofern dies nur für alle Staaten in gleicher Weise gelte. Von Neurath zeigte dann, wie man gegen Deutschland mit Verdächtigungen arbeite an dem Beispiel der mißverständlichen Weitergabe der deutschen Instruktion nach Washington, so daß dort der Eindruck erweckt wurde, als ob Deutschland neue, die Konferenz gefährdende Forderungen erhoben habe, was zu einem offiziellen Schritt der Vereinigten Staaten führte.

Einstufige Kontrolle für Deutschland!

Der englische Außenminister hat in seiner Erklärung vom Sonnabend unter Zustimmung Frankreichs und der Vereinigten Staaten an die Stelle des MacDonald-Planes einen neuen Plan gestellt. Die Abrüstung der hochgerüsteten Staaten soll danach um vier Jahre hinausgeschoben, soll aber auch für die spätere Periode jetzt keineswegs bindend

systems abhängig gemacht wird. Praktisch beschränkt sich die Kontrolle aber auf Deutschland, weil dieses allein in den nächsten Jahren einschneidenden Rüstungsbeschränkungen unterworfen wäre. Die anderen Mächte hätten es also jederzeit in der Hand, sich auf das Nichtfunktionieren der Kontrolle oder angebliche deutsche Vertragsverletzungen zu berufen, um ihrer materiellen Abrüstungsverpflichtung auszuweichen.

Es kommt hinzu, daß für die Zeit nach vier Jahren auch das Maß der dann eventuell beabsichtigten materiellen Abrüstung trotz unserer fortgesetzten Rüstungsverläufe völlig im Dunkeln gelassen worden ist. Die Erziehung der vorzüglich ausgebildeten hunderttausend Mann der Reichswehr durch die doppelte Zahl kurzdienender Mannschaften ist offensichtlich noch eine weitere Schwächung unserer jetzigen minimalen Wehrkraft, zumal da selbst die uns jetzt gestatteten Verlässe Waffen nur für die jeweils im Dienst stehenden zweihunderttausend Mann, nicht aber für die zur Entlassung kommenden Mannschaften bewilligt werden sollen.

Deutschland hätte also zweihunderttausend Gewehre in den Händen kurz ausgebildeter Leute gegenüber etwa acht Millionen Gewehren der Franzosen.

Das Reich jederzeit versöhnungsbereit.

Es ist geradezu ein Hohn, wenn diese zweite Entwarnung Deutschlands mit dem Schlagwort der Nichtaufrüstung begründet wird.

Hat man es wirklich für möglich gehalten, daß sich die deutsche Regierung mit dem Gedanken einer Bewährungsfrist abfinden könnte, der schon an sich eine undisputierbare Diffamierung darstellt, und dessen Begründung sich nur als eine beleidigende Verleumdung der deutschen Regierung und als eine völlig grundlose Verdächtigung ihrer politischen Absichten kennzeichnen kann? Denn was führt man zur Begründung dieses unmöglichen Planes an? Es ist die angebliche Gefährdung des europäischen Friedens durch das neue Deutschland.

Mit Entschiedenheit wies der Reichsaussenminister am Schluß seiner Rede alle Veruche, den mangelnden eigenen Abrüstungswillen mit Vorwürfen gegen Deutschland zu verkleinern, zurück, hob noch einmal die Bemühungen Deutschlands an der wirklichen Abrüstung mitzuwirken, hervor und betonte, daß Deutschland erst nach der entäußernden Erklärung Sir John Simons seinen nun nicht mehr aufschubbaren Entschluß zum Ausdruck gebracht habe. Der Reichsaussenminister erklärte, die Konferenz möge zeigen, ob sie etwas leisten könne. Deutschland wird, so schloß Freiherr von Neurath, selbstverständlich ernste Abrüstungsanstrengungen jederzeit prüfen und auch weiterhin bereit bleiben, sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung über sein künftiges Rüstungsregime zu verständigen.

Verlegenheitspause in Genf

Die Delegierten holen neue Instruktionen

Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz hat die bereits vor der Sommerpause anberaumte Sitzung abgehalten. Die Delegierten aller Länder waren vollständig erschienen. Nur die Plätze der deutschen Delegation blieben leer. Präsident Henderson machte von einem bei ihm stattgefundenen Empfang einer Abordnung internationaler Verbände unter Führung von Lord Robert Cecil Mitteilung, die ihm eine Entschuldig zur Abrüstungsfrage überreicht hat. Dann kam Henderson zum eigentlichen Thema, indem er seinen in der vorigen Woche dem Büro der Konferenz erstatteten Bericht kurz rekapitulierte und den äußeren Verlauf der Arbeiten der letzten Woche darstellte. Angesichts der veränderten Umstände, erklärte Henderson, werde ich dem Hauptauschuß jetzt nur vorzuschlagen, die Erklärung Sir John Simons vom Sonnabend zur Kenntnis zu nehmen, die dem Hauptauschuß als Arbeitsprogramm vorgeschlagen werden soll. Henderson verlas das am Sonnabendnachmittag eingelaufene Telegramm des Reichsaussenministers von Neurath und seine Antwort. Sie wurde vom Hauptauschuß mit Beifall aufgenommen. Henderson begründete den Inhalt der Antwort damit, daß in dem Telegramm des Reichsaussenministers drei Werturteile enthalten seien — Unmöglichkeit der Erreichung des einzigen Konferenzziels, Schuld der hochgerüsteten Staaten und Verletzung der Gleichberechtigung —, die der Auschuß nicht ohne Widerspruch hinnehmen könne.

Sodann gab der Delegierte Ungarns, General Tanczos, eine kurze Erklärung ab. Ungarn befände sich hinsichtlich der Abrüstung in einer besonderen Lage. Es müsse deshalb das Abrüstungsproblem auch von dieser Sachlage aus betrachtet werden.

Henderson hat darauf den Hauptauschuß um die Ermächtigung, das vorgesehene Telegramm an Baron von Neurath abgeben zu dürfen. In diesem Augenblick erhob sich der Vertreter Sowjetrußlands, der Pariser Volkstheater-Direktor, um zu erklären, daß er gegen die Abwendung des Telegramms als persönliche Botschaft von Henderson an sich nichts einzuwenden habe, denn in diesem Telegramm werde auf Beiprägungen Bezug genommen, an denen Sowjetrußland überhaupt nicht teilgenommen habe.

Henderlon machte in ziemlich gereiztem Tone die Delegierten Sowjetrusslands, Polens und der Türkei darauf aufmerksam, daß er sowohl wie Sir John Simon einen ausführlichen Bericht über die Besprechungen im Präsidium der Abrüstungskonferenz gegeben hätten.

Er stellte sodann fest, daß der Hauptauschuss mit der Ablehnung des Telegramms an Baron von Neurath einverstanden sei.

Henderlon fuhr fort, der Beschluss Deutschlands, die Abrüstungskonferenz in dem Augenblick zu verlassen, in dem man die Hoffnung hatte, rasch zu einem Ergebnis zu kommen, könne die Schwierigkeiten, mit denen man zu tun habe, nur vermehren. Es sei seine feste Überzeugung, daß die Konferenz ihr Werk mit allem Ernst fortsetzen und eine Konvention ausarbeiten müsse. Angesichts der neuen Lage sei es notwendig, eine Entscheidung über den weiteren Gang der Konferenzarbeiten zu treffen. Diese Entscheidung erfordere schwerwiegende politische Erwägungen, so daß man den Delegierten durch eine Vertagung des Hauptauschusses Zeit lassen müsse, sich mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen.

Henderlon schloß vor, daß der Hauptauschuss am Donnerstag, 26. Oktober, nachmittags wieder zusammenzutreten und daß am Tage vorher eine Sitzung des Büros stattfinden solle. Dieser Vorschlag wurde ohne Aussprache angenommen.

Henderlon schloß die Sitzung mit den Worten an die Delegierten: „Ich hoffe, daß Sie alle mit Anweisungen von Ihren Regierungen zum Abschluß einer Konvention wieherkommen.“

Henderlons Antwort

Deutschlands Gründe für Genf „nicht stichhaltig“.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderlon, hat an den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, das folgende Antworttelegramm gerichtet:

„Ich habe dem Hauptauschuss das Telegramm Eurer Excellenz vom 14. Oktober mitgeteilt, das den Beschluss der deutschen Regierung antwortend, jegliche Beteiligung an den Arbeiten der Konferenz für die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen einzustellen, und die Gründe für diese Entscheidung angibt.“

Die deutsche Regierung hat diese Maßnahme gerade in dem Augenblick getroffen, in dem das Büro jedoch beschloffen hatte, dem Hauptauschuss mit einem unmissenden Programm zu befehlen. Dieses Programm, das innerhalb eines bestimmten Zeitraumes durchgeführt werden sollte, sicherte entsprechend den von der Konferenz unter Beteiligung Deutschlands angenommenen Entscheidungen stufenweise die Verwirklichung der Herabsetzung der Rüstungen, in einer Weise, die sich mit derjenigen des Konventionstextes vergleichen lässt, mit dem der Hauptauschuss befaßt ist.

Dieses Programm stellte auch mit entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen die Verwirklichung der Rechtsgleichheit sicher, die die deutsche Regierung stets an die Spitze ihrer Forderungen gestellt hat. Unter diesen Umständen bedauere ich, daß Ihre Regierung diese schwerwiegende Entscheidung aus Gründen getroffen hat, die ich nicht als stichhaltig ansehen kann.

Frieden der Ehre

Eine Rede Dr. Goebbels.

Auf dem Regidienberg bei Honnef fand eine Feier zur Erinnerung an die Befämpfung der Separatistenbewegung statt. Auf der Kuppe war an der Stelle, an der der Grundstein gelegt wird, vor drei riesigen Hakenkreuzfahnen eine Ballustrade für die Ehrengäste aufgebaut.

Reichsminister Dr. Goebbels

ergreift das Wort zu einer Ansprache. Er sagte u. a.:

„Ich bin glücklich darüber, am heutigen Ehrentage das rheinische Volk begrüßen zu dürfen, denn es ist in der Tat ein großer Tag, den Sie festlich begehen. Denn Vaterlande so stehen in Glückseligkeit, das ist leicht. Sie aber zum Vaterlande zu bekennen, wenn es im Unglück und Not liegt, das ist schwer; damals war es noch schwerer, weil keine

Regierung dem Volke einen Rückhalt zu geben vermochte, damit es sich in der Not behaupten konnte. Ich glaube, heute können wir mit Stolz bekennen, die damals starben für die Einheit des Reiches und die Geschlossenheit der Nation, sie können heute in unserem Werke das verwirklichte Leben, wonach sie sich sehnten und wofür sie am Ende in den Tod gegangen sind. Das rheinische Volk hat in diesen Tagen bewiesen, daß es sich von keinem Stamm und Land in seiner Treue und Gefolgschaft zum Reiche irgendwie überlassen läßt. Heute befinden wir uns wieder in Tagen schwerster Entscheidung für das ganze Reich.“

Es sind Tage, in denen sich das Schicksal der Nation aufs neue zu gestalten versucht.

Aber einen Trost und eine Zuversicht haben wir, daß die Zukunft des Reiches in guten Händen ruht, daß die Männer, die heute Deutschland regieren, sich nichts abhandeln lassen von der Ehre der Nation und dem Recht auf Leben für ein Sechsendelzig-Millionen-Volk.

Wir ruhen es über den Rhein, und jeder, der es hören will, mag es vernehmen: wir wollen keinen Krieg, wir wollen einen Frieden, aber einen Frieden der Ehre, denn nur ein solcher kann auf die Dauer von Bestand sein. Wir wollen niemand demütigen, wir wünschen aber, daß wir nicht von jedermann gedemütigt werden. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind bereit, unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen, wünschen aber, daß auch die anderen bereit sind, denn wir glauben, Europa hat andere Aufgaben, als sich in Hohn und Groll zu verengen. Die Völker haben ein Recht darauf, daß ihre Regierungen nun endlich anfangen, die großen Probleme zu lösen, die Kriegs- und Nachkriegszeit gestellt haben.

Wenn uns die Frage vorgelegt worden ist: Warum verlassen Sie denn die internationalen Konferenzen? — dann geben wir zur Antwort: Wir gehen, weil wir nie dahin gehört haben, weil man uns als Zweitklassige behandelte. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind bereit, mit jedermann, auch mit unseren früheren Gegnern, über die Probleme zu diskutieren. Wenn aber die Diskussion von vornherein mit dem Mangel der Berücksichtigung behaftet ist, können wir uns nicht dazu bereit finden, uns diese Diskriminierung gefallen zu lassen. Es geht nicht an, einem Volk nach Belieben die Ehre zu nehmen und auf der anderen Seite mit diesem Volk Verträge zu schließen. Am Anfang aller Verhandlungen muß die Ehre und Gleichberechtigung stehen.

Die Forderung auf Ehre und Gleichberechtigung ist nicht eine Forderung dieser oder jener Regierung, sie ist eine Forderung des ganzen deutschen Volkes. (Starker Beifall.)

Im übrigen sind wir entschlossen, die Verträge, die wir unterschreiben, einzuhalten. Deshalb kann niemand von uns verlangen, daß wir Verträge unterschreiben, die wir nicht einhalten können.

Allmählich wird sich die Welt daran gewöhnen müssen, daß Gentlemen an der Spitze des deutschen Volkes stehen.

Wir wollen keine Waffen! Wir sind bereit, das letzte Maschinengewehr abzurufen, wenn die Welt ein gleiches tut. Darin sehen wir gerade die Diffamierung, daß die Welt, die bis an die Zähne gerüstet ist, uns jede Kanone und jedes Flugzeug verweigert. Die Signatarmächte des Versailler Vertrages haben von uns die Einlösung aller Forderungen verlangt. Wie können sie uns die Einlösung der einzigen Forderung, die wir haben, verweigern, nämlich, daß unsere Abrüstung der Anfang einer Weltabrüstung sei.

Man soll uns nicht für Reaktionsäre halten. Wir sind jung und ganz vorurteilslos. Wir haben die ehrliebe, nicht, unserem Volk das Unglück eines neuen Krieges zu ersparen. Wenn wir die französischen Minister entgegenhalten: Ja, so reden das offizielle Deutschland, so redet der Kanzler, so reden Sie, aber das Volk spricht und denkt anders! — so sage ich: Nein, das Volk spricht und denkt so wie wir! (Beifall.) Um auch das zu beweisen, wollen wir das deutsche Volk am 12. November befragen.

Die Feier schloß mit dem Gesang des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes.

„Leider nein. Ich habe nichts wieder gehört!“ „Schade! Ich habe den Fall verfolgt. Er ist sehr kompliziert, und ich denke, daß er einen Kriminalisten reizen müßte.“

Toni nickte ernst. „Das wohl, aber ich befürchte, die Polizei hat die Nachforschungen eingestellt. Mein Vater war ein armer Mann, sein Tod daher für das öffentliche Interesse belanglos. Man wird sich kaum weiter darum kümmern.“

„Möglich! Aber es muß Ihnen doch wehe tun, daß diese gemeine Tat nie gefunden worden soll!“

„Es hat mich sehr wehgetan, aber ich kann nichts tun. Und dann denke ich immer, daß sich jede Schuld auf Erden rächt. Ich glaube daran!“

„Richtig ist es so! Haben Sie selbst gar keinen Anhaltspunkt gefunden?“

„Nein! Der Roman, oder was es war, an dem mein Vater schrieb, ist gestohlen worden, samt seinen Papieren. Ich kann mir zwar nicht vorstellen, was die Papiere einem anderen nützen könnten.“

„Reiche Verwandte hatten Sie nicht?“

„Niemand. Wir standen ganz allein da. Mein Vater lebte aber in dem Wahne, daß er noch einmal sehr reich werden würde.“

„Das muß er doch aus irgend etwas geschlossen haben.“ „Anfang des vorigen Jahrhunderts ist der Bruder meines Urgroßvaters gestorben. Der war vor langen Jahren nach Brasilien ausgewandert und soll sich ein Riesenerbmögen gemacht haben. Von dort ist er nach Niederländisch-Indien, und dann hier, es sei verflucht. Also Nachforschungen waren ergebnislos, auch die nach seinem Vermögen. Er soll sein ganzes Geld in Goldbarren und Edelsteinen angelegt haben. Aber davon ist nichts gefunden worden, man weiß überhaupt nicht, wann er starb und wo.“

Otto Bork hatte interessiert zugehört.

„Weiß diese Tatsache die Polizei?“

„Etwas davon, man hat diesen Umständen immerhin Bedeutung beigemessen.“

„Und ich behaupte sogar, daß darin der Schlüssel zu dem Geheimnis zu suchen ist!“

„Meinen Sie?“

„Gewiß, ganz bestimmt! Haben Sie nichts Schriftliches darüber?“

„Ich besitze eine Familienchronik, da steht von dem Jan Hardenberg allerlei drin.“

„Würden Sie mir diese Chronik einmal leihen?“

„Aber sehr gern!“

Toni ging in den Wohnraum, holte die Chronik aus ihrem

Werbewoche des deutschen Handwerks

Die Eröffnung in Hildesheim.

Dr. von Renteln, der Führer des deutschen Handwerks, eröffnete in der freien Reichsstadt Hildesheim die Werbewoche des deutschen Handwerks. Er kündigte die einer großen Kundgebung in der Messehalle an, daß in diesen Tagen in den Ministerien Gesandtschaften für die wirtschaftliche Ordnung des Handwerks vorbereitet würden. Er sei, für den dieser ständige Aufbau durchgeführt werden könne.

Der Hauptwert des selbständigen Mannes und Gewerbetreibenden liege in der Privatinitiative, in der freien Entfaltung der Kraft und in dem Opfergeist eines jeden einzelnen. Es sei deshalb ein Wahnsinn, behaupten zu wollen, daß die Betriebsart darstellten. Wenn auf einem Handwerksbetriebe von vier Personen ein Meister komme, der seine Privatinitiative entfalten könnte, so hätten wir in der Betriebsart zehntausend auf einen Mann, der allein seine Privatinitiative entfalten könnte. Die Betriebsform des Kleinrenten und des mittleren Betriebes sei diejenige, auf die der Aufbau der Wirtschaft aufbauen müßte. Der Handwerkerland Aufstiegsfähigkeit vom Lehrling zum Gesellen und zum Meister gegeben sei. Diese Aufstiegsfähigkeit sei vorzuführen. Erst dann kann man die Wirtschaftsordnung als eine sozialistische bezeichnen. Zum Schluß wies Dr. von der Reichsstelle hin, die es dem Handwerker ermöglichen wollen, bei den großen Aufträgen der Kommunen und Reichsbehörden Berücksichtigung zu finden.

Die Straßen Hildesheims boten einen festlichen Eindruck als nach der Begrüßung im Rathaus die Innungen und Gewänder durch die Straßen marschierten, die in der alten der Öffentlichkeit zu zeigen, daß auch das Handwerk von heute sich bemüht ist, daß seine Kraft nur aufbauen kann auf den Leistungen der Vergangenheit und jegliches zum Aufbau und Schaffen in Zusammenhang stehen muß mit den Aufgaben, die unserem Volk nicht für eine Generation, sondern für Jahrhunderte gestellt worden sind. Zu der Kundgebung, zu der in der Ausstellungshallen weit über 10.000 Menschen erschienen waren, konnten viele Volksgenossen keinen Einlaß mehr finden, so daß sie die Übertragung der Reden auf den Schülern hören mußten.

Reichsbauernntag verschoben

Im Hinblick auf den bevorstehenden Volksentscheid und die Wahlen, die den gesamten Einlaß des Reichsbauern des erfordern, hat der Reichsbauernführer R. Walter Darré angeordnet, daß der vom 20. bis 23. vorgehene Reichsbauernntag in Weimar bis nach den Wahlen verschoben wird.

Die auf Sonntag, den 22. Oktober, in Weimar angelegte Bauernkundgebung findet jedoch als erste große Wahlkundgebung der thüringischen Bauern statt, auf der der Reichsbauernführer und andere Bauernführer sprechen werden. Der Termin des nach den Wahlen stattfindenden Reichsbauerntages wird später bekanntgegeben.

Förderung vorstädtlicher Kleinriedlung

Auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 hat die Reichsregierung zur Fortführung des IV. Bauabschnittes der vorstädtlichen Kleinriedlung einen weiteren Betrag von 20 Millionen Reichsmark bereitgestellt. Damit stehen dem Reichsarbeitsministerium nunmehr für den IV. Bauabschnitt insgesamt 70 Millionen Reichsmark zur Verfügung, mit denen rund 30.000 neue Kleinriedlungsstellen errichtet werden können. Unter Zurechnung der rund 20.000 Kleinriedlungsstellen, die auf den im Februar eingeleiteten III. Bauabschnitt entfallen, werden also allein in diesem Jahr rund 50.000 Kleinriedlungsstellen gefördert.

Koffer und überreichte Bork den in Schweinsleder gebundenen Band.

„Ich werde mich hineinverbeugen“, versicherte Bork.

Die Premiere stieg am Abend. Sie wurde ein ungeheurer Erfolg. Das Kriegerzeit war ausverkauft, und nach dem wahnwitzigen Beifall des Publikums zu urteilen, mußte man auch für die letzten zehn Tage in Berlin auf ausverkaufte Einnahmen rechnen können.

Vor allen Dingen begeisterte der goldene Humor, der in das ganze Spiel hineingepaßt war.

Eine Pointe lag besser wie die andere.

Die Preise war vollständig vertreten, auch ein Herr vom Rundfunk war da, und alle gratulierten Hollerbet.

Der Rundfunk hat Hollerbet, doch im Radio über die neue Art des Zirkusspiels zu sprechen. Hollerbet sagte zu Bork: „Reklame war immer gut.“

Nach der Premiere beglückwünschten alle Mitwirkenden die beiden Hollerbet und den Autor.

Hollerbet schwamm in einem Meer von Bonnen, immer wieder drückte er Otto Bork die Hand.

„Weiß ich Glück, daß Sie Rattler um fünf Mark anpumpt hatten! Der Mann muß her!“

Man holte Rattler, der sich bisher immer vor Bork verdrückt hatte.

„Herr Direktor wünschen mich zu sprechen!“ sagte der Beleuchtungsmann verlegen und sah Bork an.

„Rattler, hier haben Sie hundert Mark Gratifikation!“

Rattler starrte entsetzt auf Hollerbet.

„Aber... ich... wie komme ich denn dazu?“

„Weil Sie Herrn Bork um fünf Mark anpumpt haben! Nein, nicht deswegen, sondern weil Sie ihm gesagt haben, daß wir einen tüchtigen Mann brauchen, der Zirkusspiele schreiben kann! Deswegen! Aber hören Sie auf mit dem Anpumpen!“

„Ich hab' die ganze Zeit niemand mehr angeborgt, Herr Direktor!“ versicherte Rattler.

„Um so besser! Es schadet auch dem Ruf unseres Zirkus, ist gut, Rattler! Halten Sie weit Ausschau nach Talenten!“

Hollerbet kuckte dem überglücklichen Manne die Hand und Rattler oocoo sich.

„Jetzt kommen Sie, lieber Freund!“ wandte sich Hollerbet wieder an Bork. „Ich habe ein kleines Souper im Hotel bestellt. Das wollen wir uns heute leisten.“

„Aber Fräulein Hardenberg muß auch mit!“

„Selbstverständlich, unsere tüchtige Sekretärin darf nicht fehlen.“



Recherchier durch Verlag Ostas Meißner, Weiden i. G. (26. Fortsetzung.)

Alle staunten, wie gelegentlich der große, breitschultrige Mann war. Dazu rief er ununterbrochen Wijske, die für entsprechende Stimmung sorgten.

Am meisten hatte er es auf die Garry, die seine Königin Semiramis darstellte und mit ihren Girls in der Mitte der Manege probte, abgesehen.

Aber die königliche Tänzerin war schlagfertig, sie blieb keine Antwort schuldig, und als Bork kritisierte, rief sie munter: „Kommen Sie einmal herab von ihrem Nebelstall und führen Sie vor, wie wir es machen sollen.“

„Demacht!“

Bork sprang von der zweiten Stufe des Gartens und winkte der Musik. „Den orientalischen Tanz, bitte!“

Die Musik setzte ein, und Otto führte einen Bauchtanz vor. Wenige Minuten später kam Kapitän Günther in die Rantline, ganz rot im Gesicht, lachte und prustete, daß der Rock einwärts hingulprang und ihm auf den Rücken klappte.

„Ich kann mich mehr! Ich kann mich mehr!“ schrie der alte Seebär. „Dieser Bork... na, na, so was... jetzt macht er 'nen Bauchtanz vor! Klüß... geh nicht ein, du lachst du doch!“

Vor der Premiere, um die letzte Stunde, lag Toni auf der Treppe ihres Büros und Wohnwagens und schnappte frische Luft.

Da kam Otto Bork und setzte sich zu der Sekretärin.

„Mal 'n bißchen ausspannen!“ sagte er. „Sie gestatten, daß ich Sie mit meiner Gegenwart beglücke!“

„Beglücken Sie! Rappi alles auf?“

„Ausgezeichnet! Wir werden einen großen Erfolg haben!“

„Ich hoffe es auch!“

Bork trante in allen seinen Äußen- und Innentalen nach einer Zigarette und fragte plötzlich unvermittelt: „Sagen Sie, Fräulein Hardenberg, hat eigentlich die Polizei eine weitere Spur des mutmaßlichen Mörders ihres Vaters gefunden?“

Unser Kirmesangebot!

3 Pfd. Vollreis	
1 helle Linsen	nur 1 Mk.
1 Fadennudeln	
2 Vollreis	
1 Van. Puddingpulver	nur 1 Mk.
1/2 Kakao	
1/2 Blutwurst	
1/2 Leberwurst	nur 1 Mk.
10 Handkäse	
25 Heringe	nur 1 Mk.
6 Teller tief od. flach	nur 1 Mk.
6 Esslöffel	
1 Salz Schüsseln, weiß	nur 1 Mk.
6 Teelöffel	

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh.: Siebenhausen & Deisenroth

Spangenberg

Markt

Zur Kirmes

empfehle besonders billig:

Rindfleisch	Pfd. 70 Pfg.
Kalbsteisch	" 70 "
Schweinefleisch	" 70-90 "
Hackfleisch	" 90 "
Bratwurst	" 80 "
Kochwurst	" 80 "

Jagdwurst, Zungenblutwurst, Kalbsleberwurst, sowie alle anderen Wurstsorten

in bekannter Qualität und zu billigsten Preisen

Wilh. Holzhauer

Zur Kirmes

empfehle ich meine

Offenbacher Lederwaren

Polstermöbel, Gardinen und Dekorationen

in bester Qualität und zu billigsten Preisen!

Ernst Hollstein / Spangenberg

Burgstraße 109

Spare bei der heimischen Kreditgenossenschaft

3. Förderung der heimischen Wirtschaft

Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung

Vereinsbank zu Hess. Lichtenau

e. G. m. b. H.

Zweigstellen in Spangenberg und Baldappel

Gegründet 1869

Am 18. ds. Mts. findet in der Gastwirtschaft Stöhr eine

große Kirmesfeier

statt, Beginn Nachmittags 4 Uhr

Empfehle:

Knoblauchchen, Brat- u. Kochwurst

Rind- Schweine- Kalbfleisch

in bester Qualität.

Für gute Speisen und Getränke wird nach altbekannter Weise geforgt.

H. Stöhr.

ZUR KIRMES

teile ich Ihnen

GANZ BESONDERE VORTEILE

Ich habe die Preise an diesem Tage bedeutend herabgesetzt.

Überzeugen Sie sich bitte selbst von meiner Preiswürdigkeit, indem Sie mein reichhaltiges Lager ohne Kauflzwang besichtigen.

WILLI DIEBEL, UHRMACHER

Kirmes-Angebot:

für die Dame:

Schlüpfer, gestrickt aus reiner Wolle, Seide, Mako
Tag und Nachthemden
Strümpfe, Seide, Wolle mit Seide, reine Wolle
Kleiderstoffe
Damenkragen, große Auswahl
Pullover und Strickwesten
Schürzenstoffe und Schürzen

für den Herrn:

Unterhosen
Strümpfe und Socken
Hemden
Pullover und Westen
Kragen und Krawatten

für das Kind:

Unterhosen
Strümpfe und Socken
Pullover und Strickanzüge

Wolle in allen Preislagen

Karl Fink, Neustadt 59



DENK AN DIE ZUKUNFT

SORGE VOR

SPARE

Stadt-Sparkasse Spangenberg

Zur Kirmesfeier im Ratskeller

empfehle ich aus meiner
Hausschlachtereif
Speisen

Spezialität:

Bratwurst
in bekannter Güte!

Gutgepflegte Biere und Weine

Zur Kirmes

empfehle ich meine Lokalitäten
Als Spezialgericht: meine bekannten riesengroßen
Bratwürste mit Kartoffelsalat und la. Kochwurst

Nachmittags und Abends

Unterhaltungskonzert

In meiner Schlachtereif empfehle ich:

la. Bratwurst a Pfd. 90 Pfg.

Rind-, Kalb-, und Schweinefleisch

Gasthaus Deutscher Kaiser

H. Entzeroth

Heinrich Kerste

Bäckermeister

Dampfbäckerei mit elektrischem Kraftbetrieb

empfiehl zur Kirmes

Feinstes Weizenmehl u. sämtl. Backzutaten
Keks, Bonbons, Schokoladen, Pralinen,
lose und in Packungen, Honigkuchen.

Ich lade die Bevölkerung von Stadt und Land
herzlichst zum Kirmeskaffee ein.

Kauf Deutsche Waren

Zu unserer Spangenberg
Kirmesfeier lade ich, wie all-
jährlich,

alle Einwohner aus Nah und Fern

herzlichst ein. Kommen Sie
alle. Ich werde alles aufbieten,
um Sie zufrieden zu stellen.
Was Sie suchen,

werden Sie bei mir finden!

H. Mohr

Lebensmittel
Haushaltungsgegenstände

Hotel Heinz

große Kirmesfeier

Tanz

Frisch geschlachtet

Sulperknochen, Bratwurst.

Großes Kirmes-Angebot!

Baumwolltuche 0,30
extra stark 80 cm breit

Baumwolltuche 0,75
160 breit

Geschirrtücher 0,25
55/55 cm groß lndr. u. erskl. Qualität

Bettinlett Decke 8,50
in nur lndr. Farben 13 RM 12 RM

Bettdamast 1,30
in 140 bis 160 breit 2 bis

Bettfedern
in großer Auswahl u. allen Preislagen

Anzugstoffe v. 12 bis 2,75

Herren- u. Damenmäntel
in großer Auswahl und staunend billigen
Preisen.

August Ellrich, Spangenberg.

Zur Kirmes

frisch geschlachtet!

Sulperknochen — Sauerkraut — Bratwurst

KONZERT

Besonders empfehle ich mein
Pschorr-Edelhell

Es ladet freundlichst ein

Edardt Weisel.

Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

Reichstag und Landesparlamente aufgelöst — Neuwahl des Reichstags am 12. November

Aufruf an das deutsche Volk

Austritt aus dem Völkerbund Die Parlamente aufgelöst — Neuwahlen am 12. November

Die Reichsregierung hat wegen der demütigenden Lage auf der Abrüstungskonferenz den Austritt aus dem Völkerbund erklärt. Gleichzeitig hat die deutsche Vertretung die Abrüstungskonferenz verlassen.

Am der Nation Gelegenheit zu geben, zu den Lebensfragen des deutschen Volkes Stellung zu nehmen, hat der Reichspräsident durch Verordnung vom 14. Oktober 1933 den Reichstag und die Landesparlamente aufgelöst. Neuwahlen zum Reichstag sind für den 12. November ausgeschrieben worden, während die Reichs- und Landesparlamente einseitig abzulösen.

An das deutsche Volk!

Aufruf der Reichsregierung.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinen-gewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Felde zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegsspinne und zur endgültigen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen schlichtungsfähig auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erfüllt von der gleichen Ehrfurchung, daß die Zustimmung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Bewußtsein, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbunde auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes eheliebende Volk unannehmbar sein müßten, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Verfallenen Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Völkervertrag teilzunehmen, der für sie nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage: Willst du das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung, und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich freiwillig zu ihr zu bekennen?

Aufruf des Führers

Der Reichsführer hat folgenden Aufruf erlassen:

„Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsch, das Werk des inneren Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zustimmung einer wirklichen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.“

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht

Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung, wenn nötig jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterzeichneten Zusicherung entschließen. Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurden das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaussenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr gewährt werden könne.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerecht wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außer Stande, unter solchen Umständen als rechthole und zweifelhafte Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diskreten führen könnten.

Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie wird deshalb auch ihren Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft, dem deutschen Volk zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm, eine Beurteilung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrfurchung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen. Den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volk damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als befohrerene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrfurchung dem Volk die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebenso sehr die Liebe zu unserem Volk und der Wahrung vor seiner Ehre entsprungen, wie auch der Ueberzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller.

gez. Adolf Hitler.

Auflösung der Parlamente

Um dem deutschen Volk Gelegenheit zu bieten, selbst zu den gegenwärtigen Schicksalsfragen der Nation Stellung zu nehmen und seiner Verbundenheit mit der Reichsregierung Ausdruck zu geben, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 14. Oktober 1933.

Der Reichspräsident gez. von Hindenburg.

Der Reichskanzler gez. Adolf Hitler.

Der Reichsminister des Innern gez. Dr. Frick.

Der Reichsminister des Innern hat folgendes Telegramm an die Reichsstatthalter hinausgehen lassen:

Mit Auflösung des Reichstages sind nach § 11 des Ersten Gleichstellungsgesetzes auch die Volksvertretungen der Länder aufgelöst. Erlaube ich Auftrage des Reichskanzlers von Anordnung einer Neuwahl gemäß § 1 Ziffer 2 des Reichsstatthaltergesetzes einstweilen abzulehnen.

Neuwahl am 12. November

Reichstagswahl und Volksabstimmung.

Auf Grund des § 6 des Reichswahlgesetzes vom 6. März 1924 wird verordnet: Die Hauptwahlen zum Reichstag am 12. November 1933 stattfinden.

Berlin, 14. Oktober 1933.

Der Reichskanzler: Adolf Hitler.

Der Reichsminister des Innern: Dr. Frick.

Die Volksabstimmung über die in der Proklamation der Reichsregierung dem Volk gestellte Frage und die Neuwahl des Deutschen Reichstages werden in einem Wahlgange am 12. November stattfinden. Es werden zwei Stimmzettel hergestellt, von denen der eine den wohl allein vorhandenen Wahlvorschlag der NSDAP enthält und der andere die Worte „Ja“ oder „Nein“ für die Volksabstimmung.

Beide Stimmzettel kommen in einen Wahlumschlag. Aus der Zahl der Stimmen, die die NSDAP erhält, ferner aus der Zahl der Ja-Stimmen bei der Volksabstimmung, dürfte sich sehr deutlich ergeben, daß heute das ganze deutsche Volk, soweit es politisch ernst zu nehmen ist, hinter der NSDAP steht. Der Wahlkampf wird sich auf eine Fülle von Aufklärungsveranstaltungen der NSDAP beschränken, denn andere Listen dürften kaum eingereicht werden, da sie 60.000 Unterschriften tragen müßten und in Deutschland sich heute keine 60.000 Menschen mehr finden, die bereit sind, eine Splitterpartei mit ihrem Namen zu unterstützen.

Änderung des Reichsstatthaltergesetzes

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 3 Absatz 1 des Zweiten Gesetzes zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich vom 7. April 1933 erhält folgende Fassung:

Der Reichsstatthalter kann auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten jederzeit abberufen werden.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag seiner Verkündung in Kraft.

Der Reichskanzler: Adolf Hitler, Der Reichsminister des Innern: Dr. Frick.

Baldige Reichsreform

Die Änderung des Statthaltergesetzes war notwendig geworden, weil nach dem Buchstaben des Gesetzes die Amtszeit der Statthalter an die Wahlperiode des Landtages gebunden ist. Damit wäre jetzt, nachdem die Landesparlamente aufgelöst sind, auch die Amtszeit der Statthalter beendet. Durch die Änderung des Statthaltergesetzes erfolgt künftig auch die Abberufung der Statthalter auf Vorschlag des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten.

Eine Neuwahl der Landesparlamente dürfte sich solange erübrigen, als über den Neubau des Reiches nicht bindende Beschlüsse vorhanden sind. Die vom Führer auf dem Reichsparteitag in Nürnberg angekündigte Reichsreform läßt eine nochmalige Neuwahl der Landesparlamente im Augenblick nicht notwendig erscheinen.

Volksentscheid und Reichstagswahl

Eine Partei. Das alte Verfahren.

In der Öffentlichkeit sind über das Verfahren zum Volksentscheid und zur Reichstagswahl vielfach Auffassungen verläutet, die nicht ganz richtig sind. Es war erklärt worden, daß bei beiden Abstimmungen mit Ja oder Nein abgestimmt werden sollte. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Methode bei der Reichstagswahl die gleiche bleibt wie bisher. Bekanntlich ist durch Erlass des Reichsministeriums des Innern die Neubildung von Parteien verboten und unter Strafe gestellt.

Daraus läßt sich ohne weiteres erkennen, daß auf dem Stimmzettel für die Reichstagswahl nur eine Partei stehen wird: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Der Stimmzettel ist wie der Stimmzettel der früheren Wahlen hergestellt; hinter der Parteibezeichnung befindet sich ein Kreis, der durch Ankreuzen — wie bisher — Kenntnis davon gibt, daß die Partei gewählt ist. Wird der Stimmzettel mit nicht angekreuztem Kreis abgeliefert, so ist er ungültig.

Ehrlicher Friede

Hitler appelliert an das Weltgewissen

Reichskanzler Adolf Hitler sprach über alle deutschen Sender zum deutschen Volk. Der Führer erklärte u. a.:

„Als im November 1918 in vertrauensvoller Glaubenheit auf die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson niedergelegten Zusicherungen das deutsche Volk die Waffen senkte, fand ein unseliges Ringen sein Ende, für das wohl einzelne Staatsmänner, aber sicher nicht die Völker, verantwortlich gemacht werden konnten. Das deutsche Volk hat nur deshalb so heldenmütig gekämpft, weil es heilig überzeugt war, zu Unrecht angegriffen und damit zu Recht im Kampfe zu sein. Von der Größe der Opfer, die es damals — fast nur auf sich selbst gestellt — bringen mußte, hatten die anderen Nationen kaum eine Vorstellung. Hätte in diesen Monaten die Welt in fairer Weise dem niedergelassenen Gegner die Hand gegeben, so würden vieles Leid und zahllose Enttäuschungen der Menschheit erspart geblieben sein.“

Die tiefste Enttäuschung erlitt das deutsche Volk. Noch niemals hat ein Besiegter sich so redlich bemüht, an der Heilung der Wunden seiner Gegner mitzuwirken, wie das deutsche Volk in den langen Jahren der Erfüllung der ihm auferlegten Diktate.

Wenn all diese Opfer zu seiner wirklichen Befriedigung der Völker führen konnten, dann lag es nur am Willen eines Vertrages, der in dem Verzicht der Verewigung der Begriffe Sieger und Besiegte auch Haß und Feindschaft verewigen mußte.

Das deutsche Volk hat seine Waffen zerstört.

Bauen auf die Vertragstreue seiner ehemaligen Kriegsgegner hat es selbst die Verträge in geradezu fanatischer Treue erfüllt. Zu Wasser, zu Lande und in der Luft wurde ein unermessliches Kriegsmaterial abgerüstet, zerstört und verdrorrt. An Stelle einer einstigen Millionen-Armee trat nach dem Wunsch der Diktatmächte ein kleines Berufsheer mit militärisch gänzlich belangloser Ausrüstung.

Die politische Führung der Nation aber lag zu dieser Zeit in den Händen von Männern, die geistig nur in der Welt der Siegerstaaten wurzelten. Kein Krieg kann Dauerzustand der Menschheit werden. Kein Friede kann die Verewigung des Krieges sein. Einmal müssen Sieger und Besiegte den Weg in die Gemeinschaft des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens wiederfinden.

Unterhalb Jahrzehnte lang hat das deutsche Volk gehofft und erwartet, daß das Ende des Krieges endlich auch das Ende des Hasses und der Feindschaft werde. Allein der Zweck des Friedensvertrages von Versailles schien nicht der zu sein, der Menschheit den endlichen Frieden zu geben.

Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Man hatte bei der Abschließung dieses Vertrages völlig vergessen, daß der Wiederaufbau der Welt nicht durch die Sklaverei einer verarmten Nation, sondern nur durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller gewährleistet werden kann, daß aber für diese Zusammenarbeit die Überwindung der Kriegspolizei die allererste Voraussetzung ist. Daß weiter die problematische Frage der Schuld am Kriege geschlichtet nicht dadurch gelöst wird, daß der Sieger den Besiegten alle Einseitigkeit eines Friedensvertrages sein Schuldverhältnis unterzeichnen läßt, sondern daß dann die letzte Schuld am Kriege am ehesten noch aus dem Inhalt eines solchen Vertrages festzustellen ist!

Das deutsche Volk ist zutiefst überzeugt von seiner Schuldlosigkeit am Kriege. Es möge die anderen Teilnehmer an diesem tragischen Unglück ohne weiteres die gleiche Überzeugung hegen. Um wieviel notwendiger aber ist es dann, sich überall zu bemühen, daß aus einer solchen überzeugten Schuldlosigkeit aller nicht erst recht eine dauernde Feindschaft für immer wird und daß die Erinnerungen an diese Katastrophe der Völker zu dem Zwecke nicht auch noch künstlich konserviert werden.

Es ist kein Zufall, daß nach einer auf so lange Zeit künstlich hinausgezogenen Erkrankung der Menschheit gewisse Folgen in Erscheinung treten müssen.

Erwerbslosen-Armeen entwickelten sich zu einem neuen Stand der Gesellschaft. Und so wie wirtschaftlich das Gefüge der Nationen erschüttert wird, beginnt sich auch ihr geistliches Alltägliche zu lockern. Unter diesen Auswirkungen des Friedensvertrages und der dadurch bedingten allgemeinen Unsicherheit hatte am meisten Deutschland zu leiden. Die Zahl der Erwerbslosen stieg auf ein Drittel der normal im Erwerbsleben der Nation stehenden Menschen.

Das heißt aber: daß in Deutschland unter Einrechnung der Familienmitglieder rund 20 Millionen Menschen von 65 Millionen ohne jede Existenz einen ausbleibenden Zustand entgegenstehen. Es war nur eine Frage der Zeit, wann dieses Heer der wirtschaftlich Entworfenen zu einer Arme politisch und gesellschaftlich der Welt entfremdeten Anstifter werden müßte! Eines der ältesten Kulturländer der heutigen zivilisierten Menschheit stand mit über 6 Millionen Kommunisten am Rande einer Katastrophe, aber die nur der blasierte Unverstand hinwegzusehen vermog.

Verdienst um die ganze Welt.

Wäre erst der rote Aufruhr als Feuerbrand über Deutschland hinweggerast, so würde man wohl auch in den westlichen Kulturländern Europas einsehen gelernt haben, daß es nicht gleichgültig ist, ob am Rhein und an der Nordsee die Vorposten eines geistlich-revolutionär-expansiven asiatischen Weltreiches stehen oder friedliche deutsche Bauern und Arbeiter in aufrichtiger Verbundenheit mit den übrigen Völkern unserer europäischen Kultur in redlicher Arbeit sich ihr Brot verdienen wollen.

Indem die nationalsozialistische Bewegung Deutschland vor dieser drohenden Katastrophe zurückgerufen hat, tut sie nicht nur das deutsche Volk, sondern erwarb sich auch ein geschichtliches Verdienst um das übrige Europa.

Und diese nationalsozialistische Revolution verfolgte nur ein Ziel: Wiederherstellung der Ordnung in unserem eigenen Volk, Schaffung von Arbeit und Brot für unsere hungernden Massen, Proklamierung der Begriffe von Ehre, Treue und Anständigkeit als Elemente einer sittlichen Moral, die anderen Völkern keinen Schaden zufügen kann sondern höchstens allgemeinen Nutzen.

Diese Bewegung verpflichtet sich der Aufgabe, ohne Ansehen der Person Treue, Glauben und Anständigkeit wieder in ihre Rechte einzufügen. Seit acht Monaten führen wir einen heroischen Kampf gegen die kommunistische Bedrohung unseres Volkes, die Verrottung unserer Kultur, Verletzung unserer Kunst und Vergiftung unserer öffentlichen Moral. Der Beugung von Gott, der Beschimpfung der Religion haben wir ein Ende gesetzt.

Bekannt und verleumdete.

Diese Welt aber, der wir nichts zu leide tun, und von der wir nur eines wünschen, daß sie uns friedlich arbeiten lassen möge, verfolgt uns seit Monaten mit einer Flut von Lügen und Verleumdungen.

Während sich in Deutschland eine Revolution vollzog, die nicht wie die französische oder russische Hecatomben an Menschen abschaltete, die Geiseln ermordete, die nicht wie der Kommunarden-Aufstand in Paris oder die rote Revolution in Bayern und Ungarn Kulturbauten und Kunstwerke durch Petroleumflammen vernichtete, sondern bei der im Gegenteil nicht ein einziges Schaufenster zertrümmert, kein Geschäft geplündert und kein Haus beschädigt wurde, verbreiten gewissenlose Feinde eine Flut von Greuelnachrichten, die nur verglichen werden können mit den von den gleichen Elementen fabrizierten Lügen zu Beginn des Krieges.

Es ist verderblichen und minderwertigen Subjekten gelungen, in der Welt eine Psychose hervorzurufen, deren innere krankhafte hysterische Zwiespältigkeit geradezu klassisch aufgezeigt werden kann.

Zur Verständigung mit Frankreich bereit.

Ich fasse es als Zeichen eines edleren Gerechtigkeitsfinnes auf, daß der französische Ministerpräsident Daladier in seiner letzten Rede Worte des Geistes eines vernünftigen Versteheles gesprochen hat, für die ihm unzählige Millionen Deutsche innerlich dankbar sind. Das nationalsozialistische Deutschland hat keinen anderen Wunsch, als den Weltlauf der europäischen Völker wieder auf die Gebiete hinzulenken, auf denen sie der ganzen Menschheit in der edelsten gegenseitigen Rivalität jene unerhörten Güter der Zivilisation, der Kultur und Kunst gegeben haben, die das Bild der Welt heute bereichern und verschönern. Ebenso nehmen wir in hoffnungsvoller Bemühung der Verankerung Kenntnis, daß die französische Regierung unter ihrem jetzigen Chef nicht beabsichtigt, das deutsche Volk zu fränken oder zu demütigen.

Ich spreche im Namen des ganzen deutschen Volkes, wenn ich verkündere, daß wir alle von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt sind, eine Feindschaft auszulösen, die in ihren Opfern in keinem Verhältnis steht zu irgendeinem möglichen Gewinn. Das deutsche Volk ist überzeugt, daß seine Waffenehre in lauten Schlachten und Gefechten rein und makellos geblieben ist, genau so wie wir auch im französischen Soldaten nur unsere alten, aber ruhmvollen Gegner sehen. Wir und das ganze deutsche Volk würden alle glücklich sein bei dem Gedanken, den Kindern und Kindeskindern unseres Volkes das zu erparten, was wir selbst als ehrenhafte Männer in bitter langen Jahren an Leid und Qualen angesehen und selbst erdulden mußten. Die Geschichte der letzten 150 Jahre sollte durch all ihren wechselvollen Verlauf hin- durch die beiden Völker über das eine belehren haben, daß

vermeidbare Veränderungen von Dauer bei allem Blauinsicht nicht mehr möglich sind.

Keine territorialen Konflikte mehr!

Indem wir freimütig die Rechte geltend machen, die uns nach den Verträgen selbst gegeben sind, will ich aber genau so freimütig erklären, daß es darüber hinaus zwischen den beiden Ländern keine territorialen Konflikte mehr für Deutschland gibt. Nach der Rückkehr des Saargebietes zum Reich könnte nur ein Wahnsinniger an die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Staaten denken, für den von uns aus gehen dann kein moralisch oder vernünftig zu rechtfertigender Grund mehr vorhanden ist.

Wenn aber weiter der französische Ministerpräsident Daladier die Frage erhebt, warum dann Deutschland Waffen fordern, die doch später beiseite gelassen werden müssen, liegt hier ein Irrtum vor: Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben überhaupt nicht Waffen, sondern Gleichberechtigung gefordert. Wenn die Welt beschließt, daß sämtliche Waffen bis zum letzten Nagelgewehr beiseite gelassen werden: Wir sind bereit, sofort einer solchen Konvention beizutreten. Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen zu vernichten sind, wir sind bereit, auf sie von vornherein zu verzichten. Wenn aber die Welt bestimmte Waffen jedem Volke zubilligt, sind wir nicht bereit, uns grundsätzlich als minderberechtigtes Volk davon ausschließen zu lassen.

Weitere Demütigungen unerträglich.

Die früheren deutschen Regierungen sind einst vertrauensvoll in den Völkerbund eingetreten in der Hoffnung, in ihm ein Forum zu finden für einen gerechten Ausgleich der Völkerinteressen, der aufrichtigen Verbündung vor allem aber der früheren Gegner. Dies letzte aber voraus die Anerkennung der endlichen Wiedergleichberechtigung des deutschen Volkes. Unter derselben Voraussetzung erfolgte auch ihre Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.

Die Deklassierung zu einem nicht gleichberechtigten Mitglied einer solchen Institution oder Konferenz ist für eine erhabene Nation von 65 Millionen Menschen und eine nicht minder erhabene Regierung eine unerträgliche Demütigung.

Das deutsche Volk hat seine Abrüstungsverpflichtungen bis zum Uebermaß erfüllt. Die auferlegten Staaten wären nunmehr an der Reihe, die analogen Verpflichtungen nicht minder einzulösen. Die deutsche Regierung nimmt an dieser Konferenz nicht teil, um für das deutsche Volk einzelne Kanonen oder Maschinengewehre herauszuhandeln, sondern um als gleichberechtigter Faktor an der allgemeinen Weltbegründung mitzuwirken. Die Sicherheit Deutschlands ist kein geringeres Recht als die Sicherheit der anderen Nationen.

Die bewußte Deklassierung unseres Volkes, die darin liegt, daß man jedem Volke der Welt ein selbstverständliches Recht zubilligt, das nur uns allein vorenthalten wird, empfinden wir als die Verewigung einer Diskriminierung, die für uns unerträglich ist.

Ehre, Friede, Freiheit

Ich habe schon in meiner Friedensrede im Mai erklärt, daß unter solchen Voraussetzungen wir zu unserem Heimweien auch nicht mehr in der Lage sein würden, dem Völkerbunde anzugehören oder an internationalen Konferenzen teilzunehmen.

Wir sind nicht verantwortlich für den Krieg, sind nicht verantwortlich für das, was in ihm geschah, sondern fühlen uns nur verantwortlich für das, was jeder Ehrenmann in dieser Not seines Volkes tun mußte und was wir auch getan haben. Wir hängen in genau so grenzenloser Liebe an unserem Volke, wie wir aus dieser Liebe heraus von ganzem Herzen eine Verständigung mit anderen Völkern wünschen und, wo es uns nur überhaupt ermöglicht wird, auch zu erreichen versuchen. Es ist für uns damit aber als Vertreter eines ehrlichen Volkes und eines ehrlichen eigenen Ichs unmöglich, an Institutionen teilzunehmen, unter Voraussetzungen, die nur für einen Unehrlichen erträglich sind.

Die Welt kann nur ein Interesse daran besitzen, mit den Ehrenmännern und nicht mit den Fragwürdigen eines Volkes zu verhandeln, mit diesen und nicht mit anderen Beratern abzusprechen, sie muß dann aber auch ihrerseits dem Ehrgefühl und Ehrpfinden eines solchen Regiments Rechnung tragen, so wie auch wir dankbar sind, mit Ehrenmännern verkehren zu können. Es ist dies aber um so notwendiger, als nur aus einer solchen Atmosphäre heraus die Maßnahmen zu finden sind, die zu einer wirklichen Befriedung der Völker führen.

Indem wir aus den Erklärungen der offiziellen Vertreter einer Reihe von Großstaaten entnehmen haben, daß von ihnen an eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands zur Zeit nicht gedacht wird, ist es diesem Deutschland zur Zeit auch nicht möglich, sich weiterhin in einer so unwürdigen Stellung anderen Völkern auszurufen. Die Drohungen mit Gewalt könnten in ihrer Verwirklichung nur Rechtsbrüche sein. Die deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Überzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt beweisen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genau so wie ihre Ehrhaftigkeit Friedenssehnsucht und Ehrgefühl des ganzen Volkes sind.

Ich habe mich entschlossen, zur Dokumentierung dieser Behauptung den Herrn Reichspräsidenten zu bitten den Deutschen Reichstag aufzulösen und in einer Neuwahl verbunden mit einer Volksabstimmung dem deutschen Volke die Möglichkeit zu bieten, ein geschichtliches Verleumdung abzugeben, nicht nur im Sinne der Billigung der Regierungsgrundsätze, sondern auch in einer bedingungslosen Verbindung mit ihnen.

Möge es dieser gewaltigen Friedens- und Ehrfurchung unseres Volkes gelingen, dem inneren Verhältnis der europäischen Staaten untereinander jene Voraussetzung zu geben, die zur Beendigung nicht nur eines jahrhundertelangen Haders und Streites, sondern auch zum Neuaufbau einer besseren Gemeinschaft erforderlich sind:

der Erkenntnis einer höheren gemeinsamen Pflicht aus gemeinsamen gleichen Rechten!

Der Prozeß im Reichstag

Die Feuerwehr hat vollumfänglich ihre Pflicht getan

Die Sonnabend-Verhandlung im Reichstagsbrandprozeß beginnt mit einer Verzögerung von mehr als einer halben Stunde, da das Gericht noch Beschlüsse zu fassen hatte. Zur Sitzung ist der Angeklagte Dimitroff noch nicht zugelassen.

Senatspräsident Dr. Bünzger gibt zunächst folgendes bekannt: Das Gericht hat den Angeklagten Dimitroff vor eini-

ger Zeit von den Verhandlungen ausschließen müssen, weil er ungeachtet der mehrfachen Verbote sich in Beziehungen von Beamten erging. Dem Senat ist nunmehr von den ausländischen Rechtsanwältinnen Delidoff, Grigoroff, Galland und Willard die Absicht eines Schreibens von den Angeklagten zugewandt. Das deutsche Reichsamt an den Reichsgericht hat das mit den längst in öffentlicher Sitzung als loswiderlegten Vorwürfen über eine angebliche Missetzung des Angeklagten Dimitroff befaßt.

In diesem Schreiben sagen die genannten Rechtsanwältinnen, daß sie der Meinung sind, daß nach der Behandlung der Dimitroff von der Polizei und den Untersuchungsbehörden erfahren hat bis zum Anfang des Leipziger Prozesses, Dimitroff als Mensch nur Verdacht und Hoffnungen erfahren gegenüber haben könne. Die Rechtsanwältinnen, denen in entgegenkommender Weise Dauerschutzbefreiungen für die Verhandlung ausgestellt sind, wagen es also, veranlaßt durch die Feindschaft gegenüber gegen Beamte, insbesondere dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichtes zu äußern und durch das zu bringen, dem Reichsgericht, das sie zugestehen für ein derartiges Verhalten charakteristisch sei selbst. Ich entziehe den genannten Herren ihre Zuhörerschaften.

Unter den geladenen Zeugen befindet sich auch der frühere Branddirektor Gemp. Rechtsanwält Dr. Sad hat sich festzustellen, ob der hier anwesende Zeuge Gemp identisch ist mit dem Branddirektor Gemp, der am 27. Februar die Leitung der Löscharbeiten beim Reichstagsbrand hatte. Er sei ihm nämlich mitgeteilt worden, daß dieser Branddirektor Gemp ermordet sein soll. Der Zeuge Branddirektor Gemp protestiert lächelnd gegen die Behauptung von seiner Ermordung.

Hierauf wird die Vernehmung des Zeugen Scranowski fortgesetzt.

Als nächster Zeuge wird der Brandmeister K. L. B. der dem siebenten Feuerwehrzug in Moabit angehört, vernommen. Brandmeister K. L. B. gibt an, daß die Waage um 9.15 Uhr alarmiert wurde. Sein Zug sei mit allergrößter Beschleunigung zur Brandstelle gefahren, wo er nach etwa vier bis sechs Minuten eingetroffen sei. Ein anderer Zug sei schon vor dem Reichstage gewesen und war bereits im Begriff, mit Leitern in die Fenster zu steigen. Der Zeuge ist dann zusammen mit zwei Feuerwehrleuten zur Brandstelle gefahren. Kleine Brandherde an der Säule hat er sofort mit dem Löschgerät gelöscht. Er versucht dann, in den Plenarsaal zu kommen als er die Tür aufmachte, schlugen ihm starke Hitze und etwas Qualm entgegen. Im Hintergrunde sah er einen Feuerstrahl. Das sei um 9.24 Uhr gewesen. Der Zeuge bestätigt, daß mit dem Spritzen um 9.26 bis 9.27 Uhr begonnen worden ist.

Der Vorsitzende stellt zusammenfassend fest, daß von einer Verzögerung der Löscharbeit keine Rede sein könne.

Die Frage des Oberreichsanwaltes, ob es um 9.27 Uhr schon so heiß gewesen sei, daß niemand mehr in den Plenarsaal kommen konnte, bejaht der Zeuge und erklärt, daß die Situation schon so gewesen sei, daß nichts mehr zu retten war.

Als nächster Zeuge wird der Brandmeister Wald von der Feuerwache Moabit 7 vernommen. Der Zeuge hat den Brandmeister K. L. B. in der Manderhalle getroffen. K. L. B. sagte: „Sorgen Sie für schnelle Schlauchlegung, wir werden allein nicht fertig!“ Ich ließ, so fuhr der Zeuge fort, sofort fünfzehn Alarm geben. Als der damit beauftragte Beamte die telefonische Verbindung noch nicht erlangt hatte, rief ein Polizeibeamter uns zu: „Es brennt ja an allen Ecken, jorgen Sie für verstärkten Alarm!“

Darauf ließ ich den zehnten Alarm geben, der auch sofort durchgegeben wurde. Ich habe nachher festgestellt, daß dieser Alarmbefehl um 9.32 Uhr auf der Waage eingegangen war.

Reichsanwalt Parrissus: Haben Sie irgendwelche SL- oder SS-Abteilungen im Reichstage gesehen? Am Brandtag heißt es, daß schon bevor die Feuerwehr am Brandort war, sich eine etwa 20 Mann starke SL-Abteilung dort befunden haben soll. Haben Sie irgend etwas davon gesehen? Zeuge: Ich habe keinen SL- oder SS-Mann gesehen. Reichsanwalt Parrissus: Auch das ist also eine glatte Lüge. Zeuge Wald: Ja!

Dimitroff wieder zugelassen

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende den Senatsbeschluss mit, Dimitroff von Montag ab zur Hauptverhandlung wieder zuzulassen.

Wie die vorhergehenden Zeugen erklärt auch Oberbrandmeister Puhle, es sei ganz unmöglich gewesen, daß gegen 11 Uhr nachts aus dem brennenden Sitzungssaal Brandstiftungsmaterial hätte herausgeschleift werden können. SL- oder SS-Formationen seien nicht im Reichstage gewesen.

Rechtsanwalt Dr. Sad weist auf einen Bericht des Braunschweiger hin, daß Oberbranddirektor Gemp in einer Besprechung nach dem Brande gesagt haben soll, die Feuerwehr sei viel zu spät alarmiert worden. Er soll sich ferner darüber beklagt haben, daß der preussische Innenminister Göring ihm ausdrücklich verboten habe, sofort die höchste Alarmstufe zu geben.

Der Zeuge bezeichnet diese Behauptungen des Braunschweiger mit allem Nachdruck als Lügen. Eine Besprechung, wie sie Gemp nach dem Reichstagsbrand veranstaltet habe, sei nach jedem großen Brande üblich gewesen. Auch die Behauptung, Gemp habe in der Besprechung gesagt, es sei von ihm verlangt worden, Veränderungen im Protokoll anzubringen, erklärt der Zeuge für unwahr.

Gemp widerlegt Greuelmärchen

Es folgt nunmehr die Zeugenvernehmung des früheren Oberbranddirektors Gemp. Auch er erklärt zu den dem vorigen Zeugen vorgelegten Behauptungen, daß er weder SL bei seinem Eintreffen gesehen noch Brandmaterial in großen Mengen beobachtet habe. Etwas eine Viertelstunde nach seinem Eintreffen sei er auf den am Brandort erschienenen Ministerpräsidenten Göring zugegangen, um ihm Meldung zu erstatten.

Der Ministerpräsident habe als einzige Frage an ihn gerichtet, ob er, Gemp, den Reichstagsbrand direkt gesehen hätte. Er habe dann weiter gefragt, ob der Ministerpräsident noch Befehle für ihn hätte; Ministerpräsident Göring habe jedoch erwidert, lassen Sie sich nur nicht fälschen. Sie haben die Verantwortung. Auf weitere Befragung

Bei der Beipredung am nächsten Tage habe man eine der üblichen Beipredungen gehalten, in der die Beipredung, er habe vom Ministerpräsidenten eine vorgelesene Stelle Anweisung erhalten, nicht vorzugehen, bezeichnete der Zeuge als vollständige Anweisung.

Die Frage des Oberreichsanwalts, was er überhaupt Brandmaterial bemerkt habe, erwidert der Zeuge Gemp: „Ich habe lediglich eine Fackel gesehen, unter einem Klubstiel in der Wandelhalle lag, ferner einen aus flüssigem Brandmaterial im Vorraum des Bismarckzimmers.“

Oberreichsanwalt: Das war im Bismarckzimmer, wo das Teppich eine etwa halbkreisförmige Spur zu sehen war, die Sie, wie ich jetzt höre, als Spur von ausgegossenen flüssigen Brandmaterial angesehen haben. Der Zeuge bejaht das und erklärt auf eine Frage, daß er dem Zeugen nach angenommen habe, es sei

Benzin oder Benzol

Die Frage eines Sachverständigen, ob der Geruch der Flüssigkeit vielleicht dem von faulendem Kohl ge- kommen habe, fann der Zeuge mit Bestimmtheit nicht be- antworten.

Die Möglichkeit, daß die Fackel im Klubstiel von der Feuerwehr herüber, hält der Zeuge für ausgeschlossen. Oberreichsanwalt: Im Brauchbuch wird gesagt, aus den verschiedenen Anordnungen des Ministerpräsidenten Göring sich ergeben, daß man dort an der Ausdehnung der Anordnungen, nicht dagegen an seiner Einbindung interessiert sei. Haben Sie irgendeine Beobachtung gemacht, die auf irgend einer Stelle aus Maßnahmen getroffen worden sein könnten, die dahin auszu- führen waren?

Zeuge: Nein, nicht das geringste. Oberreichsanwalt: Sie haben zu den Pressebefragungen später ein Dementi ver- geben, am 18. Juli. Im Brauchbuch wird behauptet, dieses Dementi unter irgendeinem Druck gegen Sie zu- gekommen sei. Zeuge: Von niemand. Ober- reichsanwalt: Auch nicht vom Ministerpräsidenten Göring?

Zeuge: Nein. Oberreichsanwalt: Weiter wird in der Presse behauptet, daß Sie zum heutigen Termin aus der Haft vorgeführt worden. Sind Sie irgendetwas in Haft gewesen oder ist ir- gendeine Maßnahme gegen Sie in Beziehung auf die- sen Vorfall verhängt worden? Zeuge: Nein.

Dr. Sad: Ich habe mich bereits gewundert, Herr Zeuge, daß Sie noch leben. Haben Sie irgendeine Wahr- scheinung gemacht, daß man beabsichtigt hat, Sie hinter- zusetzen? Zeuge: Nein.

Die Verhandlung wird dann auf Montag vertagt.

Vorlesung der Zeugenvernehmung

Zur Montagssitzung wird mit den übrigen Ange- klagten auch der Angeklagte Dimitroff wieder vorgeführt. Der Vorlesung läßt zunächst das Protokoll der Verhand- lungstagen vorlesen, die in Abwesenheit des Angeklagten Di- mitroff stattgefunden haben. Der Verhandlungsbericht des Angeklagten enthält über das Ergebnis der Sauerstoffaufnahme ge- nauere Angaben, als sie bisher in der Hauptverhandlung gemacht worden sind. Es wird darin festgestellt, daß der Zeuge Thaler die Möglichkeit angegeben habe, daß er sich schäme, wenn er glaube, daß zwei Männer durch das Schießen am Fenster eingeklinkt seien. Auch der Schein durch die Möglichkeit haben die Täuschung herbeizuführen kön- nen, als wenn zwei Leute mit Feuerbränden hintereinander kämen. Schließlich ist die Angabe des Zeugen Bogun, daß er den Angeklagten Popoff aus dem Portal II habe flüchten sehen, sehr genau nachgeprüft worden.

Popoff sei veranlaßt worden, in der von den Zeugen gezeichneten Weise aus dem Portal III hinauszulaufen, die- ses zu verweigern und zu verweigern. Das Gericht habe bei dieser Probe festgestellt, daß man das Zuschlagen und Ver- weigern des Portals auf dem Gehsteig deutlich hören kann. Bei Eintritt in die Verhandlung gibt Oberreichsanwalt Dr. Werner eine Erklärung ab, die sich mit einem Schreiben

Hayes, befaßt. Als erster Zeuge wird dann der Botenmeister beim Reichstag Probst vernommen. Der Zeuge schildert die Ankunft der Feuerwehr und die Durchsuchung der einzelnen Geschosse. An der Treppe zum Restaurant habe er ein flüs- sigen hellbraunes Trüppchen gefunden, welches glimmte. Gleich- zeitig habe er bemerkt, daß das Fenster eingedrückt war. Blut und Tuschfugen habe er aber an den Glasplättchen nicht gesehen. Bei der Durchsuchung der unteren Räume zusam- men mit Leutnant Vatel hätten sie eine Wäsche, ein Stück Seife und einen Binder gefunden. Der Zeuge stellt weiter mit, daß der Schlüssel zum Portal I plötzlich nicht mehr da war. Offenbar habe die Feuerwehr wegen des starken Luft- zugs das Portal wieder geschlossen. Nach einiger Zeit habe auch ein Feuerwehrmann den Schlüssel wieder zurück- gebracht.

Vorsitzender: Wie stellen Sie sich zu der Aussage des Zeugen Bogun, daß an jenem Abend ein Mann aus dem Portal II gelaufen ist, nachdem dieses Portal vorher schon verschlossen war? Zeuge Probst: Ich habe davon gehört, aber ich kann es mir nicht denken, daß der Führer, ein angestrichelter Beamter, das Portal offengelassen haben soll. Ich würde es für unmöglich halten, daß jemand das ver- schlossene Portal geöffnet haben könnte. Vorsitzender: Könnte bei den Führungen des Publikums durch den Reichs- tag sich nicht jemand „verirren“ und im Reichstag blei- ben? Zeuge: Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, wenn eine besonders große Verlesung sich an einer Führung teil- nimmt. Die Kontrolle beschränkt sich auf die Zahl der Teil- nehmer.

Der Oberreichsanwalt weist darauf hin, daß der Zeuge eine ziemlich große Anzahl von Beamten unter sich habe. Er fragt, ob der Zeuge Probst am 27. Februar eine größere oder kleinere Anzahl von Beamten über das übliche Maß hinaus beurlaubt habe. Der Zeuge erklärt mit Nachdruck, daß er nicht einen einzigen Beamten beurlaubt habe. Wenn jemand das behaupten wolle, so sei das eine ganz infame Lüge. Auf die Frage des Reichsanwalts Parrissius, ob er bei der Durchsuchung des Reichstags oder des Reichstags- angestrichelter Beamten getroffen habe, antwortet der Zeuge entschieden mit Nein.

Der Tapezierer Borchard wird als Zeuge über die Frage vernommen, ob ein Ständer, der das bei dem brennenden Mantel von der Lube in der Wandelhalle gefunden wurde, identisch ist mit dem Vorhang, der hinter dem Stenoaraphenstisch angebracht war. Der Zeuge bejaht das und erklärt, daß er sich um einen roten Vorhang, ein rotes Tuch gehandelt habe, das sehr leicht brannte, zumal es auch schon alt und etwas müde war. Es wird dann fest- gestellt, daß auf jeder Seite des Stenoaraphenstisches zwei Vorhänge waren, je zwei Meter lang und einen Meter breit. Aus der Aussage von der Lube wird zitiert, daß er einen der Vorhänge abgerissen hat, in Brand setzte und dann da- mit durch den Saal lief.

Lube vor nachmittags am Reichstag

Der Amtsgehilfe Hermann Schmal sagt aus, er habe am Brandtage gegen 2 Uhr nachmittags am Reichs- tage in der Nähe des Portals IV einen jungen Mann be- obachtet, der ihn wegen seines verweirtenen Aussehens verdächtig erschien. Er habe sich diesen Mann genau an- gesehen, und als dann die Zeitungen das Bild von der Lube veröffentlichten, habe er sofort erkannt, daß dieser Mensch der Verdächtige am Brandtage gewesen war.

Der Vorsitzende fordert von der Lube auf, sich zu er- heben. Nach anfänglichem Zögern steht von der Lube auf. Der Zeuge Schmal erklärt: Das ist der Mann.

Vorsitzender: Von der Lube, sind Sie am Brandtage gegen 2 Uhr am Reichstag gewesen? Von der Lube: Ich schwöre hartnäckig. Vorsitzender: Er bewahrt das selbe Ver- halten, das er die ganze letzte Zeit über gezeigt hat. Ich kann also nur daran erinnern, daß er bei der Vernehmung in Leipzig ausdrücklich gesagt hat, er sei damals schon um 2 Uhr vor dem Reichstage gewesen. Das hat er auch in der Voruntersuchung gesagt.

Reichsanwalt Parrissius: Von der Lube hat zunächst behauptet, erst gegen 5 Uhr erstmalig am Reichstag ge- wesen zu sein. Erst nachdem der Zeuge Schmal festgestellt

hatte, daß er ihn schon um 2 Uhr gesehen hat, hat von der Lube das zugegeben. Aus dieser Tatsache könnte man die Schlussfolgerung ziehen, daß der Angeklagte zunächst das Bestreben gehabt hat, seine Anwesenheit zwischen 2 und 5 Uhr nachmittags am Reichstagsgebäude zu verheimlichen.

Bei einer Führung im Reichstag gesehen

Der nächste Zeuge Amtsgehilfe Wenig sagt aus, er habe bei einer Reichstagsführung 8 bis 14 Tage vor dem Brande den Angeklagten von der Lube gesehen. Der nächste Zeuge, Hilfsamtsgehilfe Holstad erklärt ebenfalls, daß er von der Lube vor dem Brande bei einer Führung im Reichs- tag gesehen habe. Mit Bestimmtheit könne er es allerdings nicht behaupten.

Der nächste Zeuge ist der Verwaltungsassistent Ge- richte, der seit 2 Jahren mit den Führungen durch den Reichstag beschäftigt ist. Er erklärt auf Befragen, daß der Aufenthalt im Plenarsaal 20 bis 25 Minuten betrug. Daß jemand zurückbleibe, bezeichnet er als unmöglich. Die Füh- rungen umfassen an manchen Tagen 300, 400, auch mal 600 Personen. Bestimmt könne er es nicht sagen, aber er glaube, daß von der Lube einmal bei einer Führung dabei gewesen sei. Der Angeklagte von der Lube muß sich dann aufrichten, der Zeuge tritt dicht an ihn heran, beob- achtet ihn und sagt: „Ja, er kommt mir bekannt vor.“ Auf eine weitere Frage erklärt der Zeuge, bei den Führungen hätten die Besucher immerhin die Möglichkeit gehabt, sich auch in den Umgängen umzusehen.

Hierauf wird als Zeuge der Biersführer Rudolph Scholz vernommen, der seit vielen Jahren im Reichstag als Beleuchter tätig ist. Er gibt an, er habe am Brandtage wie an allen übrigen Tagen um 8.10 Uhr seinen Kontroll- gang durch den Reichstag angetreten. Um 8.25 Uhr habe er in den Plenarsaal hineingekuckt. Irigend etwas Auf- fälliges sei dort nicht bemerkt worden. Der Reichstag sei um diese Zeit so still, daß auch das kleinste Geräusch deutlich vernehmbar sei. Um 8.30 Uhr sei er an den Fraktions- zimmern der Kommunisten vorbeigekommen, und er könne mit aller Bestimmtheit sagen, daß um diese Zeit die Ober- fläche der Decke noch glatt und noch glänzend gewesen sei. Die zerbrochene Scheibe habe er erst am Tage nach dem Brande gesehen. Die Scherben seien da aber schon weggeschafft worden.

Dr. Sad: Sie haben Ihre Diensträume im Keller. Dann müssen Sie wissen, ob in der Zeit vor dem Brande in diesem Keller Veränderungen vorgenommen sind. Das könnte Ihnen doch nicht entgangen sein, wenn man dort Risten mit Brennmaterial hingestellt hätte? Zeuge: Das müßte in der Zeit geschehen sein, wo ich auf meinem Rund- gang war. Dr. Sad: Ist es möglich, daß bis zum 27. Fe- bruar dort Risten oder andere geheimnisvolle Pakete unter- gestellt worden sind? Zeuge: Das ist unmöglich. Ober- reichsanwalt: Haben Sie jeden Tag sämtliche Kellerräume durchlaufen? Zeuge: Nein. Oberreichsanwalt: Also konn- ten Sie doch nicht wissen, ob nicht irgendwo in einer Ecke des Kellers Risten standen? Zeuge: Nein. Oberreichsan- walt: Sind sämtliche Zugänge zu den Kellern stets ver- schlossen? Zeuge: Ja wohl. Oberreichsanwalt: In dem Keller mündet doch auch der sogenannte unterirdische Gang. Wie ist der verschlossen? Zeuge: Er ist regel- mäßig verschlossen mit einem richtigen Schloß. Man kann ihn öffnen mit dem allgemeinen Kellerschlüssel, den die im Keller tätigen Angestellten haben.

Der Vorsitzende verlagert darauf die weitere Verhand- lung auf Dienstag.

Diplomatisches Revirement

Der Reichspräsident hat ernannt: Den Gesandten in Stockholm, von Rosen berg, zum Volschaster in Ma- drid, den Volschaster bei der Volschaft in Madrid, von Ma- den sen, zum Gesandten in Budapest, den General- konsul in Danzig, Freiherrn von Therman n, zum Ge- sandten in Buenos Aires, den Gesandtschaftsrat i. e. R. Wier- lichen Legationsrat Prinzen zu Wied, zum Gesandten in Stockholm, den Volschaster i. e. R. von Radowis zum Generalkonsul in Danzig.



Reichstagsführung durch Verlag Dorat Weiler, Werdau i. Sa.

(27. Fortsetzung.)

„Zwei streifte aber energisch. „Geht jetzt nicht, ich muß noch abbrechen. Heute ist ein besonders großer Gediegen- tag aus niedergegangen. Da gibt es Arbeit! Es ist auch ein Jubiläum an der einen Platzklasse. An die fünfzundwanzig- stes.“

Hollerbeck wehrte ab. „Schute bei dem wahnwitzigen Andrange kein Wunder! Das muss wird verurteilt, nicht gefucht. Unsere Kassierer sind

„Aber ich! Aber noch etwas: Meinen Sie nicht, Herr Hollerbeck, daß es das Gedächtnis wäre, wenn wir den gan- zen Saal auf die auch in der Nacht geöffnete Filiale der

„Das ist sehr vernünftig! Ich werde telefonieren, daß eine Viertelstunde später kommen. Dann sind Sie doch

„Was sehen, Herr Hollerbeck?“

„Und Toni wurde fertig. Otto half ihr und Markoff dazu. Sie lasen die Zahlen an, rechneten nach und innerhalb zehn Minuten lag die Abrechnung für und fertig vor und wies

bank, wo der Mammon eingezahlt wurde, und dann noch dem kleinen, lauberen Krüppelhotel.

Es war eine sehr vergnügliche Nacht.

4.

„Si war mit ihrem Gatten gemeinsam in ein Berliner Hotel übergesiedelt. Dort gab es nochmals eine merkwürdige Auseinandersetzung, in deren Verlauf Peterlen langlam seine Riefendummheit begriff.“

„Ich mag nicht mehr mit dir zusammenleben!“ rief Si hysterisch. „Alles überdirdi bul! Zu nichts halt du Gehsch!“

Was wird Wildt sagen? Peterlen antwortete nicht.

„Ich schäme mich zu ihm zu gehen! Du hast gewußt, was für uns auf dem Spiele stand!“

„Ich weiß, hunderttausend Mark! Die sind jetzt futsch!“

„Du... du... das sagst du so leicht hin! Noch mehr hätte Wildt vielleicht gezahlt! Jetzt ist alles vorbei!“

„Sei still!“ fuhr er sie gerezelt an. „Wir hat der ganze Kram sowieso nicht gepaßt! Die verdammte Viebel mit dem jungen Markoff! Denkt du, es war ein Vergnügen, aus- sehen, was ihr euch für Augen machtet? Ich will mit ihre Hörner aufsehen lassen!“

Woll Hohn sah sie ihn an. „Echt! Wenn es eine Frau will, dann tut sie es!“

„Du bedauerst wohl, daß es jetzt mit deinem jungen Gott Schluss ist! Pafte ja sowieso nicht zu dir, kommst ja bald keine Mutter heim! Wackerlich bist du mir vorgekommen!“

In dieser erquicklichen Weise ging es noch eine gute Weile fort.

Zwei Tage später fuhr Si zu dem Großindustriellen Wildt, einem Manne hoch in den Fünfzigern, mit harten, harten Augen.

Er begrüßte die Tänzerin in seiner knappen Art und sagte kurz: „Ich habe Sie erwartet, Si!“

„Sie wissen...“

„Dah Sie vom Zirkus Hollerbeck fort sind! Ja, das weiß ich und möchte jetzt von Ihnen Näheres hören.“

Si nahm Platz und erzählte Wildt, was sich alles ereignet hatte. Der Großindustrielle hörte aufmerksam zu, ohne eine Miene zu veräbern, dann sagte er bebauert: „Schade, Frau- lein Si! Sie waren auf dem besten Wege, mir mein Ziel er- reichen zu helfen. Damit ist es nun nichts mehr! Ich danke Ihnen auf alle Fälle und werde nicht fleischlich sein.“

Er trat zu seinem Schreibtisch und schrieb ihm einen Scheck über hunderttausend Mark.

Für Ihre Mühe, Fräulein Si. Es ist schade, aber jetzt

besteht keine Möglichkeit, daß Sie weiter für mich tätig sein können.“

Der Abschied war ziemlich kühl.

Als Si wieder auf der Straße war, dachte sie: „Warum wohl will er Hollerbeck mit seinem Unternehmen vernichten? Warum wohl?“

Sie ahnte nicht, daß Hollerbeck eine Stunde später bei Wildt zu Gast war und ihm aufs herzlichste die Hand schüttelte.

„Was machen wir, alter Freund!“ sagte Herr von Holler- beck herzlich. „Wir haben uns lange nicht gesehen!“

„Viel Arbeit! Ich hätte mir gern Ihre neueste Attraktion angesehen, werde es noch nachholen. Sogarere gefällig?“

„Danke sehr!“

Die Männer saßen sich gegenüber.

„Also das Gedächtnis geht ausgezeichnet?“ fragte Wildt louvernd. Er gab sich den Anschein des Interessierten.

„Dankel! Scheinbar wird unsere Umstellung ein Schläger!“

„Dann werden Sie bald in die Lage kommen, mir meine achtzigtausend Mark zurückzugeben!“

„Ja... und nein! Deswegen komme ich zu Ihnen. Wir haben gestern sechszundzwanzigtausend Mark Kasse gemacht. Ein Refordersloß! Es sieht auch für die nächsten Tage sehr günstig aus. Ich erwarte weiter auch Einnahmen. Das könnte ermöglichen, daß ich Ihr Guthaben zur Hälfte in nächster Zeit abbede.“

„Es eilt nicht so, lieber Hollerbeck!“

„Sehr nett zu hören! Lieber Wildt, ich will Ihnen einmal Näheres über meine Pläne erzählen. Ich möchte ein größeres

Zelt bauen, das zwanzigtausend Personen faßt, und mich um- stellen. Keine Monatsturnees mehr, sondern Wiltturnees, von einem Tag bis acht Tagen.“

Ausführlich erklärte der Zirkusdirektor seinen Plan und wies Wildt entsprechende Voranschläge zur Einsicht vor.

Wildt überprüfte sie interessiert und sagte dann: „Lieber Hollerbeck, dazu brauchen Sie mindestens einhundertundfünf- zigtausend Mark neues Kapital.“

„Ja, und ich bin zu Ihnen gekommen, um zu fragen, ob Sie mir diesen Betrag zur Verfügung stellen können.“

Wildt lag unter halbgeschlossenen Augenlidern auf Holler- beck.

„Viel Geld, und immerhin gewagt, die Sache!“

„Unter Risiko ist nach der Neumstellung vielleicht fleher als ordern. Sie wissen, welchen Wert mein Zirkus repräsen- tiert. Alle die großen Wagen und der Walschman mit dem Eigentum. Ich glaube, wenn ich meine drei Millionen bewerte, dann bin ich ein ordentlicher Geldschla- mann.“

(Fortsetzung folgt.)

Grundsteinlegung des Hauses der Deutschen Kunst.

In München fand anlässlich der Grundsteinlegung des Hauses der Deutschen Kunst ein feierlicher Staatsakt statt, der durch die persönliche Anwesenheit des Führers sein besonderes feierliches Gepräge erhielt. Am Platz der Grundsteinlegung herrschte schon in den frühen Morgenstunden ein reges Leben. Die Straßen hüllten sich mit dem Trill der Künsterverbände und anderer Organisationen, die an dem Aufmarsch zur Grundsteinlegung teilnahmen.

Der Aufmarsch zur Grundsteinlegung

Nachdem der Kanzler selbst die Stellung einer Ehrenkompanie der Reichsmehr abgelehnt hatte, weil er diese hohe militärische Ehre nur dem Reichspräsidenten und den militärischen Vorgesetzten der Reichsmehr erwiesen will, hatte eine Hundertschaft der Landespogolizei unmittelbar an der Stelle des Festaltars neben den Verbänden Aufstellung genommen; hinter ihr paradierte berittene blaue Polizei mit wehendem Helmbusch. Der Grundstein selbst war mit Vorbeeren umkränzt; hinter ihm hatte der Schöpfer des Entwurfes des Hauses der Deutschen Kunst, Prof. Troost, mit Steinmetzen in der alten Kunsttradition Aufstellung genommen. Auf den Ehrentribünen bemerkte man den Reichspogolizeidirektor Dr. Goebbels, Reichsaussenminister Freiherr von Neurath, Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt mit seinem Staatssekretär, zahlreiche Vertreter der deutschen Länder, auch Kultusminister Kult., den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, dann den päpstlichen Nuntius in München, viele Angehörige des diplomatischen und Konsularkorps. Weiter sah man zahlreiche Kämpfer der Bewegung, unter ihnen auch den Frankfurter Julius Streicher. Besonders herzlich begrüßte man auch den Ministerpräsidenten Siebert mit den Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung.

Der Salut der Ehrenbatterie verkündete gegen 10 Uhr der Reichsmehr das Nahen des Führers. Die Ehrenkompanie der Landespogolizei präsentierte, der Prästiermarisch erklang und unter einem Orkan der Begeisterung entstieg der Führer dem Wagen. Ihm folgten der Reichsstatthalter von Bayern, General Ritter von Epp, und der Stabschef Rüdiger. Nach den Begrüßungsworten des Vorgesetzten des Vorstandes des Hauses der Deutschen Kunst, Herrn von Gind, ergriff, stürmisch unjubelet, das Wort

Volkstanzler Adolf Hitler

Als die Regierung der nationalen Erhebung die Verantwortung übernahm, übernahm sie damit die Pflicht, die Aufgaben zu meistern, die wir alle vor uns und um uns sehen. Ein Volk ist zusammengebrochen und soll seine Wiederaufrichtung erleben.

Uns hat das Schicksal die herrliche Aufgabe gestellt, in dieser Not zu kämpfen, die Herzen dieser verzagten Menschen wieder mit Glauben und Vertrauen zu erfüllen. Die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, den Millionen Feiernden Arbeit zu geben, die Stände vor der Vernichtung zurückzuführen, eine neue Gesellschaft aufzubauen und ihre Feinde mit eiserner Faust zu zermalmen, die Nation, ihre

japanischen, moralischen und kulturellen Güter in Schutz zu nehmen vor den Elementen der Zerstörung. Eine kühne und stolze Mission!

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Wenn wir die Wiederaufrichtung unseres Volkes als Aufgabe unserer Zeit und unseres Lebens empfinden, sehen wir vor uns nicht nur die lebende Wirtschaft, sondern ebenso die bedrohte Kultur, nicht nur die Not des Lebens, sondern nicht weniger die Not der Seele, und wir können uns keinen Wiederaufstieg des deutschen Volkes denken, wenn nicht wieder erstehen auch die deutsche Kultur, und vor allem die deutsche Kunst.

Wir vollziehen heute einen symbolischen Akt. Eine tragische Verteilung von Zufall, Schuld und Unglückem vernichtet in einer Nacht ein Haus, das für immer verbunden bleiben wird mit dem künstlerischen Schaffen nicht nur dieser Stadt, sondern der ganzen deutschen Nation. Schätze des deutschen Gemüts und der deutschen Kunst sind den Flammen zum Opfer gefallen. Undem wir uns schmerzhaft von dem Verlorenen trennen, beginnen wir vertrauensvoll mit dem Blick in die Zukunft den Aufbau des Neuen.

Ein Haus der deutschen Kunst soll entstehen. Der alte Glaspalast, durch viele Jahrzehnte ein Merkmal dieser Stadt, sich verwandeln in ein Denkmal unserer Zeit. Das junge Deutschland baut seiner Kunst sein eigenes Haus.

Indem wir alle die Größe der Verdienste erkennen, die die Stadt München, die diese Kultstätte deutschen Kunstschaffens und Kunstlebens schuf, für sich zuweisen kann, gehören wir nicht der Stimme des Hergens sondern auch dem Gebot der Gerechtigkeit, gerade diese Stadt für alle Zukunft zum Mittelpunkt eines neuen Kunstschaffens und Kunstlebens zu wählen.

Ein Volk sind wir, ein Reich wollen wir sein.

So fanatisch wir für die Größe dieses Reiches, für seinen Frieden, aber auch für seine Ehre eintreten (stürmische Heil-Rufe), so wenig wir dulden, daß irgendein Geist der Zweitracht die Einheit der Nation bedroht, unverständige Eigenbrötelei die Kraft des politischen Willens schwächt, so sehr hängen wir an der Eigenart der deutschen Lande und wollen pflegen den Reichtum der Vielgestaltigkeit unseres inneren Lebens.

Wenn ich heute in stolzem Glück mithelfen kann, diesen Grundstein zu legen, dann hoffe ich, damit dieser Stadt und dem Lande den Weg zu weisen in die Zukunft. Nicht im Hader oder kleinem eifersüchtigen Streit mit den anderen Brüdern unseres großen deutschen Vaterlandes haben wir die Möglichkeit des Eigenlebens Bayerns und seiner Hauptstadt zu sehen, sondern im Bekenntnis der unlöslichen Verbundenheit mit dem ganzen deutschen Volk, sowie in der Größe des Beitrages, den dieser Stamm und diese Stadt hier leisten zur Größe des Reiches und zur Größe der deutschen Nation. (Stürmische Heil-Rufe.)

Dann aber wollen wir treu bleiben der Eigenart dieser Stadt. Wenn Berlin Hauptstadt des Reiches ist, Hamburg und Bremen die Hauptstädte der deutschen Schifffahrt, Leipzig und Köln Hauptstädte des deutschen Handels, Essen und Chemnitz Hauptstädte der deutschen Industrie, dann soll München wieder werden Hauptstadt der deutschen Kunst (stürmische Heil-Rufe). Möge diese Stadt sich wieder zu-

schließen auf ihre eigentliche Mission, Stätte des deutschen Lebens und des Schönen zu sein, auf daß sich wieder die Wahrheit erweise, daß man diese Stadt lieben haben muß um Deutschland zu lieben.

In diesem Sinne wollen wir zum ersten Mal den neuen Reiches hier den Grundstein legen, einem deutschen Baumeister zu verdanken, der Stadt München zu neuen Händen, der deutschen Kunst zu eigen!

Der Festakt

Der Führer verleierte hierauf die von einem Handwerkermeister in eine Kasse eingetragene Urkunde im Grundbuche. Darauf überreichte Staatsminister des Innern, Adolf Baumbach, dem Führer den Hammer zur Grundsteinlegung und verwendete mit der Bitte, daß der Kanzler diesen Hammer als Symbol und Sinnbild unserer Bewegung in Zukunft verwenden werde.

Hierauf nimmt der Reichstanzler nochmals das Wort und führt aus:

„Ich bin glücklich, diesen heutigen Tag in der Stadt des Volkes zu dürfen, von der die große Erhebung des deutschen heutigen Tag erleben zu dürfen, von dem ihren Ausgang nehmen wird eine neue deutsche Kunst. Der Strahl“

Bei diesen Worten vollzog der Kanzler einen Hammer-schlag, die Menge brach begeistert in Heil-Rufe aus. Die SS-Kapelle intonierte das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, das von der Menge lebend und mit erhobenem Rechten begeistert mitgesungen wurde. Unter den Klängen des Badenweiler Marsches verließ dann der Führer, von begleitet, die Tribüne. Damit hatte der Staatsakt der Grundsteinlegung sein Ende gefunden. Im Anschluß an den Festakt unternahm der Führer eine Rundfahrt durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt. Überall, wo der Führer erschien, wurde er jubelnd und begeistert begrüßt. Im Braunen Haus, wohin er sich hierauf begab, nahm er die Baupläne für das neue Verwaltungsgebäude in Augenschein.

Der Künstlerfestzug

Ein großes Schauspiel bot der Künstlerfestzug. Stundenlang vorher schon standen auf den Straßen, durch die der Zug sich bewegen sollte, dichte Menschenmassen. Am Odeon-Platz betrachtete der Führer den Zug. Die 19 Gruppen des Künstler-Festzuges brachten Bilder aus allen Gattungen der Kunst, wie Architektur, Malerei, Plastik, Schrifttum und Musik.

Die Auslegung der Stimmlisten

Nachdem die Neuwahl des Reichstages und die Volksabstimmung auf Sonntag, den 12. November, festgelegt sind, hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß die Stimmlisten und Stimmkarten von 2. bis 6. November auszulegen sind. Die Landesregierungen sind durch Rundtelegramme erludt worden, sofort alle Vorbereitungen zu treffen und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

Feinste Tiegelsussstahls Holzsäler- und andere Sägen

gegründet 1822

der Werkzeugfabrik **J. D. Dominicus & Söhne**

haben sich stets als die besten, leistungsfähigsten und preiswürdigsten von allen erwiesen.

Zu haben bei: **Georg Klein, Eisenwaren Spangenberg.**

Eisenhandlung in

Inserate

in der Spangenberg Zeitung haben den besten Erfolg!



Morgen Mittwoch

frische Bücklinge

echte Kieler Sprotten

geräucherten Rollmops

eine Delikatesse

Karl Bender.

Am 12. Dezember 1933, 9 1/2 Uhr sollen an der Gerichtsstelle in Spangenberg Zimmer Nr. 3 die im Grundbuch von Spangenberg Band 23 Blatt 801 für den Pflastermeister Wilhelm Schmidt in Spangenberg eingetragenen Grundstücke: Gemarkung Spangenberg Kartenblatt 8 Parzelle Nr. 28 Wiese am Schloßberg groß 37,45 ar Grundsteuerreinertrag 0,83 M. Grundsteuerrollen Nr. 351, Rbl. 8 Parzelle Nr. 33 Acker am Schloßberg, groß 24,01 ar Grundsteuerreinertrag 0,87 M. Rbl. 7 Parzelle Nr. 15 Haus Nr. 161 Oberkalt am Lindauer Hofe, bebauter Hofraum und Pausgarten groß 3,74 ar Gebäudesteuerreinertrag 270 M. Gebäudesteuerrollen Nr. 138, Rbl. 16 Parzelle Nr. 60, Acker am Vießler Wad 1 ha 72 ar, 59 qm groß, Grundsteuerreinertrag 5,30 M. Rbl. 16 Parzelle Nr. 61, Wiese daselbst groß 26,65 ar Grundsteuerreinertrag 0,93 M. Rbl. 7 Parzelle Nr. 165/16 Hofraum beim Brauhaus groß 22 qm versteigert werden.

Amtsgericht Spangenberg.

Schmuckpreisig.

Ab Mittwoch früh 8 Uhr liegt hinter dem Rathaus Schmuckpreisig zum Ausschmücken der Häuser aus Anlaß des Handwerktages bereit.

Spangenberg, den 17. Oktober 1933.

Der Bürgermeister.

Zupacken

Nicht lange reden. Alle Mann an die Speichen. Es muß bergauf gehen. Denn wir wollen. Wenn einer wieder Arbeit hat — und noch einer — und noch einer — dann läuft die deutsche Wirtschaft bald im gesunden Gleichmaß. Wenn jeder in jeder Woche einen bestimmten Betrag spart, den Sonntagskaler — ja dann geht es vorwärts!

DTG

Mittwoch früh frisch eintreffend:

Seelachs ohne Kopf Pfd. 25 Pfg.

Kablau ohne Kopf Pfd. 25 Pfg.

Filet bratfertig Pfd. 40 Pfg.

Hess. Lebensmittelhaus.

Turnverein „Froher Mut“ Spangenberg.

Heute Abend pünktlich 8 Uhr

Gymnastikstunde

9 Uhr

Probe der Hofdamen und des ganzen Hofes.

Frauenturnwart.

Grünspecht-Aexte

mit dem Fabrikzeichen haben folgende Vorteile:

hervorragende Schnitthärte

deshalb große Leistung bei geringem Kraftaufwand. Kein Ausbrechen. Kein Umlegen der Schneide.

Garantie für jedes Stück!

Georg Klein, Eisenwaren, Spangenberg.

Neue deutsche

Vollheringe

10 Stck. 40 Pfg.

Karl Bender

Bekanntmachung.

Die Erhebung der Beiträge zur Gest. Nass. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft — Vorschlagsliste für 1933 — für die Stadt Spangenberg findet am Donnerstag den 19. Oktober 1933 vorm. von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr in der Gastwirtschaft zur Stadt Frankfurt in Spangenberg statt.

Bei Versäumnis der Zahlung entstehen Mehrgeldesten.

Landesrenterei Melsungen.